

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

INFORMATION REPORT

COUNTRY Germany

DATE DISTR. 21 June 1949

SUBJECT German Press and Radio Reports

NO. OF PAGES

PLACE
ACQUIRED

NO. OF ENCLS.
(LISTED BELOW)

DATE OF INFO
ACQUIRED

25X1A

SUPPLEMENT TO
REPORT NO.

25X1X

THIS DOCUMENT CONTAINS INFORMATION AFFECTING THE NATIONAL DEFENSE
OF THE UNITED STATES WITHIN THE MEANING OF THE ESPIONAGE ACT 50
U. S. C. 31 AND 32. ITS TRANSMISSION OR THE REVELATION
OF ITS CONTENTS IN ANY MANNER TO AN UNAUTHORIZED PERSON IS PRO-
HIBITED BY LAW. REPRODUCTION OF THIS FORM IS PROHIBITED. HOW-
EVER INFORMATION CONTAINED IN BODY OF THE FORM MAY BE UTILIZED
AS DEEMED NECESSARY BY THE RECEIVING AGENCY.

*Documentary

THIS IS UNEVALUATED INFORMATION FOR THE RESEARCH
USE OF TRAINED INTELLIGENCE ANALYSTS

SOURCE

The attached German press and radio reports are being sent to you for
retention in the belief that they may be of interest.

RETURN TO CIA LIBRARY EVALUATE

25X1A

CLASSIFICATION

SECRET



SED-Pressdienst (PD)

REDAKTION: BERLIN C2 · WALLSTR. 76-79

FERNRUF: 672150 · 672450 · 672630

Inhaltsverzeichnis

vom 23. April 1949

Bildung einer aus parteipolitischen Kommission beim Parteivorstand der SED

Nachrichten

Friedensfreunde schreiben an den Papst
Hauptstadt Deutschlands - Bollwerk des Friedens
Friedensrufe über Zonenschranken hinweg
Universität Halle an die Bonner Universität
Bergarbeiter verständigen sich
Friedenskundgebun in Dresden, Stralsund und Potsdam
Betriebsarbeiter und Jugendliche stehen im Friedenskampf
KAS-Belegschaften danken der Sowjetunion
Streikabsatzung in Betrieben der britischen Besatzungsmacht
... bis Bonn des Einheitswillen Rechnung trägt

Pressestimmen

Ausgebissene Löwenzähne

Kommentare

Der Weg zum Frieden!
Die Eisenbahner lassen sich nicht missbrauchen
Am 1. Mai - für Frieden und ein besseres Leben
Eine Entschliessung des Wirtschaftsausschusses des
Deutschen Volksrates
Landraub doch perfekt

Artikeldienst

Drei Jahre Arbeit und Kampf (Hermann Matern)

Stimmen des Auslandes

KP Belgiens über Atlantik-Pakt
Interview mit Paul Robeson
Sozialistische Staatkontrolle in der Sowjetunion

Zur Information

Der Kommunismus in Japan

Wiederholungsbulletin

Von wem der Frieden (Karl Stitzer)
Paris ruft zum Frieden - damals wie heute

Approved For Release 2002/01/04 : CIA-RDP83-00415R003100100005-0



SED-Pressdienst (PD)

REDAKTION: BERLIN C2 · WALLSTR. 76-79

FERNRUF: 672130 · 672430 · 672630

Inhaltsverzeichnis

> Jahre SED

Otto Grotewohl auf der Kundgebung des SED-Landesverbandes Berlin

Das antilasschistische-demokratische Deutschland in der Friedensfront Nachrichten

Den Krieg erschlagen, damit der Frieden leben kann
Brandenburg führend mit Mai-Vorbereitungen
Innerbetrieblicher Wettbewerb zum 1. Mai
Faktorist Pernewitz weist den Weg
"Junge Pioniere" verwirklichen ein Bauprogramm
Vollständig verginst und beleuchtet
Reichsbahn-Aktivistin fahren Rekord
"Jugendtag" im Reichsbahnbezirk GUS-trow
900 Volkspolizisten leisten Aufbauarbeit im Formativwerk
Stessfurt rüstet zur Wettbewerbs in der Chemie-Industrie
Gute Idee eines Zinnerporzellan
Anderwertige Schenkungen an Lehrlingen
Bourgeoisenschaften wirken für Frieden und Wohlfahrt
Neuer Aktivist Paul Bach erklärt seine Arbeitsmethode

Pressestimmen

Westdeutsche Presse über Besatzungsstatut und Gebietsabtretungen

Konkret

Die der SED gegen den Krieg, für Arbeit und Frieden
Der Zusammenbruch der imperialistischen Herrschaft
in Europa auf dem Weg
Praxisbeispiel Politik der SED-Führung

Artikelübersicht

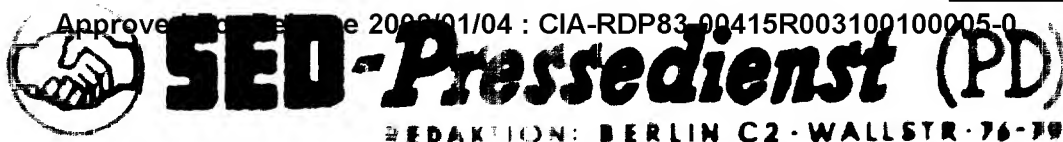
Die Einheit der Antifaschisten und Antirassendiskriminierer (Heinz Schumann)

Stimmen des Auslandes

Polsche Bauern haben die Ukraine gesehen
Amerikanischer Gewerkschaftsführer gegen Atlantikpakt
Im Westen im imperialistischen Kolonialismus

Zur Information

4. April 1955, die Antifaschisten beherrschen



Approved For Release 2002/01/04 : CIA-RDP83-00415R003100100005-0

FERNRUF: 67 21 50 - 67 24 00 - 67 26 70

Inhaltsverzeichnis

22. April 1949

Der Deutsche Volksrat an den Weltfriedenskongreß

Nachrichten

Landesparlamenten und Demonstrationen begrüßen Weltfriedenskongreß
Brandenburgische Kandidaten für den 3. Deutschen Volkskongreß
Vettewerke zum 1. Mai

Mehr Lokomotiven und Eisenbahnwagen
Westdeutsche Kampfeis eingeladen
Einen Dubelautomaten mehr
Prämien für MAS
Solidarität
Alle ziehen an einem Strang
Auf vollen Touren in Thüringen

"Bahn der Jugend" wurde Hauptstrecke
Viel sowjetische Traktoren und LKW's sind eingetroffen
Brandenburg intensiviert Wohnungsbau
Vormarsch schleswig-holsteinischer Umsiedler
Landwirtschaft in Schleswig-Holstein
Festumzug des VDB zum 1. Mai
Spiel der sowjetischen Jugend

Freizeitstimmen

Westdeutsche Reiseeindrücke
Wie Arno Scholz "normal" findet
Reiseeindrücke, ein gutes Geschäft

Kongresse

Die Kurzt der Hetzer vor einer Einigung
Demagogisches Spiel um Bonn
Amerikanische Provokationspläne zum 1. Mai

Arbeitsdienst

Lenin - der große Revolut. Führer der Werktätigen
(von oben herab)
Letzte ... "um den Preis eines Bürgerkrieges" ("Zeit")

Stimmen des Auslandes

Wahlplan der Viehzucht der UdSSR
"Manchester Guardian" über westdeutschen Wiederaufbau

Literatur

Shakespeare's kostbares Erbe



Approved For Release 2002/01/04 : CIA-RDP83-00415R003100100005-0
SED-Pressdienst (PD)

REDAKTION: BERLIN C2 · WALLSTR. 76-79

FERNRUF: 672150 · 672650 · 672636

Inhaltsverzeichnis

vom 21. April 1949

Nachrichten

Sympathiekundgebungen für den Weltfriedenskongreß
 Aufbauarbeit unsere Friedenswaffe
 Neptun-Werft wurde Wettbewerbssieger
 Im Kreidewerk wird mit Überlegung gearbeitet
 Getreideaussaat in Mecklenburg abgeschlossen
 Sowjetische Spezialisten lehren Trecker fahren
 "Innsitzer Rundschau" hat kritische Volkskorrespondenten
 Helft der Jugend
 Forstarbeiter auf neuen Wegen

Letzte Meldung

Schumacher bestätigt Spionage

Pressestimmen

Charakteristische Geständnisse

Die Kriegsbetzer zur Verantwortung ziehen!

Kommentare

Deutschland im Kampf um den Frieden
 Die Rolle eines Agenten
 Zum Unfall bereit
 Freiheit der Persönlichkeit - nicht für Antifaschisten

Artikeldienst

Der Weltfriedenskongreß
 Der Arbeitsaufwand in der sowjetischen Landwirtschaft

Stimmen des Auslandes

Vielerleben der deutschen Aggression
 Die Budget des r. Mannes
 Pressestimmen zum Budget der Labour-Regierung

Zur Information

"Innsitzer Rundschau" zum Deutschland-Problem

SECRET

5/6/49

No. 26

Presseberichte aus den Westzonen

Neues Wirtschaftsprogramm. Der Wirtschaftspolitische Ausschuss der CDU hat ein neues Sieben-Punkte-Wirtschaftsprogramm vorgelegt, das im wesentlichen folgende Thesen enthält:

Schaffung einer Zentralaufsicht für die Währung; keine Subventionspolitik; kein Preisamt; Erhöhung des Realeinkommens nur durch Preissenkung, da sonst eine internationale Wettbewerbsfähigkeit unmöglich ist; kein Zwangssparen, sondern Steuervergünstigungen zum Zwecke der Kapitalbildung; Steuerreform, verbunden mit größerer Sparsamkeit der öffentlichen Hand; und Neubau der deutschen Handelsflotte, da bisher rund 200 Millionen Dollar jährlich für die Benutzung fremder Schiffe ausgegeben worden sind.

Prof. ERHARD erklärte in einer Rede, das Prinzip der Wirtschaft sei dynamisch, während die Geschichte bewiesen habe, daß alle Versuche, die Wirtschaft durch Zwang in die Statik zu drängen, fehlschlagen müßten. Erhard warf den Kritikern vor, sie hätten als einzigen Ausweg aus den Schwierigkeiten immer nur die Vorteile der Planwirtschaft zu nennen gewußt, die bereits gründlich versagt habe. Kein Mensch könne erwarten, daß nach einem fünfjährigen Zwangszustand in drei bis vier Jahren alle Schäden geheilt sein sollten.

Verschiedene Krisensymptome der gegenwärtigen Lage könnten, so schwärend sie im einzelnen auch seien, durchaus als positiv für die kommende Entwicklung gewertet werden. So sei der gegenwärtige Kreditmangel durchaus ein Zeichen der Konsolidierung, denn er zeige, daß das "Geld" für echtes und gesundes Geld wieder im Wachsen und daß dieses Geld auch tatsächlich gut sei. "Es fiele mir nicht schwer in acht Tagen alle Arbeitslosen von der Straße zu bringen. Aber der Preis dafür wären neue inflationistische Tendenzen. Damit würde wiederum eine wirtschaftliche Schwächung eintreten, die Preise würden anziehen und das Realeinkommen sinken".

Erhard lehnte die liberalistische Zyklustheorie, die einen periodischen Auf- und Abstieg der Wirtschaft in einem sieben- bis neunjährigen Zeitraum annimmt, ab. Um die Kapitalnot der deutschen Wirtschaft zu beheben, seien jährlich sieben bis acht Milliarden Mark an Investitionen erforderlich. Zur Zeit würden Mittel bereit gestellt, und zwar aus dem "Counter-Part-Fonds" sowie durch Anleihen wie jetzt zum Beispiel durch die Reichsbahnanleihe.

Allgem. Ztg. v. 1. Juni 1949

Deutsche Union. Vier Mitglieder der DU, und zwar Schlom, Woschesch, Kathy und Celeng wurden mit sofortiger Wirkung vom Vorstand der DU ausgeschlossen. Es wird ihnen vorgeworfen, mit Vertretern der PDJ und des PDGB an der Gründung der Aktionsgemeinschaft für ein einiges Deutschland mitgewirkt zu haben. Damit machte die DU einen Beschluß wahr, der jedem Mitglied Verhandlungen mit offiziellen Ostzonenorganisationen verbietet.

Die Neue Ztg. vom 31. Mai 1949

Zur Erforschung des Nationalsozialismus. Kürzlich wurde in München eine Kuratoriumssitzung des "Deutschen Institut zur Erforschung des Nationalsozialismus" abgehalten. Das Institut hat als Ziel, die Öffentlichkeit über die Vorgeschichte und die Geschichte des Nationalsozialismus zu informieren und Vorbereitungen für eine wissenschaftliche Darstellung dieser Zeit zu treffen. Es ist eine Stiftung der Ministerpräsidenten der Länder der amerik. Bes. Zone und soll von den Ländern des Bundes getragen werden.

Allgem. Ztg. vom 1. Juni 1949

Die Gründung einer neuen Partei ist in Heidelberg beschlossen worden, in der ohne parteipolitische Bindung alle Flieger- und Völkungsbeschädigten, Ausgewiesenen und Flüchtlinge sowie alle Kriegsoeschädigten zusammengefaßt werden sollen.

Allgem. Ztg. vom 31. Mai 1949

Die Deutsche Zentrumspartei hat jetzt ihre Tätigkeit auch in Rheinland-Pfalz aufgenommen.

SAZ vom 31. Mai 1949

SECRET

SECRET

31/5/49

No. 105

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 27. Mai 1949

Berlin: Gegen die Terrormaßnahmen der UGO wird in Protestkundgebungen Stellung genommen. So sandten die Eisenbahner von Leipzig, Zwickau, Dresden usw. Telegramme, in denen sie ihrer Empörung Ausdruck geben, daß das Volkseigentum mutwillig zerstört worden ist. Die heutige vierte Sitzung wurde nach vierstündiger Dauer beendet. Den Vorsitz führte Außenmin. Acheson. Auf der Tagesordnung stand wiederum die wirtschaftl. und pol. Einheit Deutschlands, zu der W. eingehende Vorschläge gemacht hatte.

Korrespondenten einiger Berliner Zeitungen haben auf die von ihnen rechtzeitig gestellten Einreiseanträge zwecks Teilnahme an der Außenministerkonferenz noch keine Antwort erhalten. Es hat den Anschein, als ob die französische Regierung stillschweigend über die Anträge hinweggehen will, um dadurch der Pflicht entgehen zu sein, die Ablehnung begründen zu müssen. In Kreisen der Journalisten wird die Auffassung vertreten, daß einige Mächte nicht an einer objektiven Berichterstattung interessiert sind.

Zur gegenwärtigen politischen Situation nahm PESCHKE auf der Zonenfunktionärkonferenz der IG Metall Stellung. Er sagte, die Vorschläge Wyschinskis haben klar erkennen lassen, daß die SU bereit sei, alles zu tun, um die Einheit Deutschlands wieder herzustellen. Die 600 Delegierten richteten an alle Metallarbeiter die Aufforderung, die Einheit Deutschlands zum obersten Gesetz ihres Handelns zu machen. - Wyschinski habe in seinen Forderungen über die Wiederherstellung des Viermächtekontrollrates nichts vorgeschlagen, was unannehmbar sei. Es solle daher nicht schwer fallen, zu den alten Beschlüssen von Potsdam zurückzugehen. Wären wir Deutschen in Paris vertreten, würden wir nichts anderes fordern, als was er vorgeschlagen habe.

Sender Leipzig vom 28. Mai 1949

Berlin: Der Dritte Deutsche Volkskongreß wird morgen zu seiner ersten Tagung zusammentreten. Die Vorbereitungen dafür sind abgeschlossen. Unter den auswärtigen Delegierten befinden sich zahlreiche Teilnehmer aus Westdeutschland. Zum Thema Deutschland und die Außenministerkonferenz werden u.a. Pieck, Mueske usw. Stellung nehmen. Auf der Tagesordnung steht ferner die Wahl einer Delegation, die Deutschland in Paris vertreten soll.

In der Zeitschrift "Deutschlands Stimme" wird die Bildung einer gesamtdeutschen Nationalen Front als die wichtigste Aufgabe des Volkskongresses bezeichnet. Ferner wird der Abschluß des Friedensvertrages, Anzug der Besatzungstruppen usw. gefordert, weil das die Voraussetzungen für eine friedliche Entwicklung in Deutschland ist. - In zahlreichen Städten Westdeutschlands sind auf Volksversammlungen

Entscheidungen angenommen worden, in denen die Ziele des Volkskongresses begrüßt wurden.

Die Tägliche Rundschau schreibt heute, die ersten Tage in Paris haben ergeben, daß es nur die SU ist, die bisher positive Vorschläge hervorgebracht hat. Die Westmächte begnügten sich damit, das Wort "Einheit Deutschlands" ständig zu wiederholen, ohne einen konstruktiven Vorschlag zu machen. Ihre Gegenargumente wären so dürftig, daß sie nur die Richtigkeit der Vorschläge der SU bestätigten. - Prof. SUDZISLAWSKI erklärte, das deutsche Volk könne den Vorschlägen Wyschinskis zustimmen, denn sie entsprächen seinen Interessen.

Die KPD von Rheinland-Pfalz sandte an den Volkskongreß eine Erklärung, in der es heißt, daß sich alle aufrechten Deutschen zur Nationalen Front sowie für Deutschlands Einheit und Frieden erkennen. Während sich westdeutsche Politiker zur Zerreißung Deutschlands hergegeben haben, erhebt der Deutsche Volkskongreß seine Stimme zur Entsehung einer deutschen Delegation nach Paris.

Sender Leipzig vom 29. Mai 1949

Heute wurde der Dritte dt. Volkskongreß eröffnet. PIECK erklärte, Aufgabe des 3. Volkskongresses sei es, neue Mittel und Wege zu finden, um das Unglück der Spaltung Deutschlands zu verhindern. Die breite Kampflinie der "Nationalen Front" müsse auch auf Westdeutschland ausgedehnt werden.

SECRET

2/1 1+9

No. 146

Auszüge aus Presseberichten

=====

Verfassung der Ostzone. Die vom Dritten Volkskongreß der Ostzone angenommene Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik besteht aus einer Präambel und drei Abschnitten mit insgesamt 144 Artikeln. Die Verfassung besagt, daß Deutschland eine unteilbare demokratische Republik ist, die sich auf den deutschen Ländern aufbaut. Ihre Hauptstadt ist Berlin. Ihre Farben sind Schwarz-Rot-Gold.

Der zum Unterschied vom Bonner Grundgesetz stärker ausgeprägte zentralistische Charakter kommt dort zum Ausdruck, wo es heißt, daß alle wesentlichen Angelegenheiten von der Republik, alle anderen von den Ländern beschlossen werden. Die vom Volk ausgehende Staatsgewalt hat ihr höchstes Organ in der Volkskammer, die aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen hervorgeht. Die Verfassung kennt keine Dreiteilung der Verfassungsgewalten in die Gesetzgebung, Exekutive und Rechtsprechung. Der Volkskammer zur Seite steht die Länderkammer. Beide Kammern wählen gemeinschaftlich den Präsidenten der Republik aus der stärksten Fraktion der Volkskammer. Der Präsident ist zugleich Regierungschef und amtiert vier Jahre.

In der Verfassung ist die in der Ostzone vorgenommene Enteignung von Kriegsverbrechern und nationalsozialistischen Aktivisten, die Verstaatlichung von Monopolen und Kartellen, die Sozialisierung der Bodenschätze und die Bodenreform verankert. Die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik verlieren das aktive und passive Wahlrecht, wenn sie Propaganda gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze gegen demokratische Politiker und Kriegshetze oder militaristische Propaganda betreiben. Im Horion werden in der Verfassung die persönliche Freiheit, die Unverletzlichkeit der Wohnung und das Recht der freien Meinungsäußerung garantiert. Allerdings wird darauf hingewiesen, daß alle diese Rechte durch die geltenden Gesetze eingeschränkt werden können.

Das Sekretariat des Deutschen Volksrats in Berlin hat an die Pariser Außenministerkonferenz ein Telegramm gerichtet, in dem um Bekanntgabe des Terms zum Empfang einer Volkskongreßdelegation durch den Außenministerrat gebeten wird. Gleichzeitig wurden alle vier Besatzungsmächte Deutschlands um Erteilung der Ausreisegenehmigung für die Delegationsmitglieder gebeten.

Zu der Volksratssitzung in der Berliner Staatsoper erklärte ein Sprecher der SED, die Proklamation der Deutschen Demokratischen Republik durch den Vorsitzenden des Volksrats Pieck werde vorerst keine konkreten Maßnahmen, wie Wahlen oder eine Regierungsbildung nach sich ziehen. "Alle politischen Maßnahmen dieser Art werden zurückgestellt, bis in Paris eine Abklärung erfolgt. Es wird nichts geschehen, was eine Verständigung behindern könnte." In der Staatsoper seien lediglich die Grundsätze für die Bildung einer Deutschen Demokratischen Republik proklamiert worden, die bei entsprechenden Ergebnissen der Pariser Außenministerkonferenz konkret angewendet werden sollten.

Allgen. Ztg. vom 1. Juni 1949

Ostzonen-LDP. "Die LDP verlangt die rastlose und sofortige Behebung der bei der Stimmentauswertung der Volkskongreßwahlen festgestellten Unregelmäßigkeiten und die Strafverfolgung ihrer Urheber", heißt es in einer Resolution der Ostzonen-LDP. Nach einer längeren Besprechung verantwortlicher Parteifunktionäre bei der SMA in Dresden über diese Fragen erklärte der sächsische Justizmin. Dieckmann, die Resolution dürfe auf Befehl der SMA nicht angenommen werden. Die Mehrzahl der Mitglieder des Landesvorstandes der Partei stellte daraufhin fest, es habe keinen Zweck, die Blockpolitik fortzusetzen, und schlug eine Auflösung der LDP vor.

Die Neue Ztg. vom 31. Mai 1949

Großberliner Finanzverwaltung unter neuer Leitung. Der neue Leiter der Finanzabt. des Groß-Berliner Magistrats, Martin SCHMIDT, erklärte anlässlich seiner Amtseinführung, daß die Eingliederung Berlins in den Volkswirtschaftsplan der Zone auch eine Änderung der Methoden und Arbeitsziele der Finanzabt. erfordere. Mit dem kommunal-egoistischen Denken der Vergangenheit müsse gebrochen werden. Er kündigte an, daß der Abschluß für das Haushaltsjahr 1948/49 bis spätestens zum 31. Juni fertiggestellt sein würde und gleich dem Zonenhaushalt einen Überblick über das neue Deutschland vom 15. Mai 1949

SECRET

No. 145

Auszüge aus Presseberichten

Bildungs-Kollektive. In der Ostzone sind Bildungs-Kollektive entstanden, aus denen Arbeiter und Bauern in das Universitätsstudium gelangen sollen. In den Bildungskollektiven, die vor allen in Sachsen-Anhalt eröffnet worden sind, sollen die Bewerber für das Arbeiter- und Bauernstudium ein halbes Jahr wöchentlich acht bis zehn Stunden in Deutsch, Mathematik, Naturwissenschaften und Gegenwartskunde als Vorbereitung auf das Studium unterrichtet werden. Maßgebender Träger dieser Arbeit ist der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund.

Neue Volks-Ztg. vom 27. Mai 1949

Volkskongreß. Auf dem dritten Volkskongreß hat Volksratspräsident NOSCHKE einen nationalen Staat gefordert und erklärt, es sei eine Zumutung, daß die Westmächte den Anschluß der Ostzonenländer an die Bundesrepublik Deutschland unter der Bonner Verfassung vorgeschlagen hätten. Die Nationale Front, die seit kurzem in der Ostzone propagiert werde, sei keine neue Firma, sie sei vielmehr die Zusammenfassung aller verantwortlichen Deutschen. Naschke richtete ferner einen Appell an die amerikanische Regierung, in dem er die Abberufung des amerik. Stadtkommandanten in Berlin forderte. Howley stelle eine ständige Bedrohung des Friedens dar. Er habe einen Kriegsstall provoziert wollen, der nur durch die Friedensbereitschaft der SU verhindert worden sei.

Professor KASINER erklärte, die Ostzone lebe schlechter als die Westzone, sie habe aber auch keine skrupellosen Schulden gemacht. Die "Nein"-Stimmen bei der Volkskongreßwahl seien Ausdruck der Empörung darüber, daß Deutschland vier Jahre nach Kriegsende noch keinen Frieden habe.

Am 2. Tag des Kongresses wurde gegen eine Stimme eine "Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik" angenommen. Der Volkskongreß wählte ferner eine 22-köpfige Delegation, die nach Paris zur Konferenz der Außenminister entsandt werden soll. Unter den Mitgliedern der Delegation befindet sich auch der kürzlich verhaftete Vorsitzende der westdeutschen Kommunisten Reimann.

Der Kongreß beschloß dann eine Denkschrift, die dem Außenministerrat vorgelegt werden soll. Die Außenminister werden darin aufgefordert, einen Friedensvertrag für Deutschland auf der Basis der Abkommen von Jalta und Potsdam zu entwerfen. Die Einheit ganz Deutschlands in Verwaltung und Wirtschaft soll hergestellt und eine einheitliche Währung eingeführt werden. Alle wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Einschränkungen zwischen Westdeutschland und der Ostzone sollen aufgehoben werden. Der Außenministerrat soll ferner die Bildung einer vorläufigen deutschen Zentralregierung aus Vertretern aller demokratischen Parteien und Organisationen ~~unterstützen~~ genehmigen und eine Friedenskonferenz einberufen, an der auch eine vorläufige deutsche demokratische Regierung teilnehmen soll.

Allgem. Ztg. vom 31. Mai 1949

Taktischer Rückzug. Major PATENT von der SMA erklärte dieser Tage in Berlin, das kommunistische Ziel sei unveränderlich die Weltrevolution. Lediglich die taktischen Mittel zur Errichtung der Weltrevolution würden gewechselt. Zur bolschewistischen Taktik gehöre auch manchmal der organisierte Rückzug. Die Bolschewisten prüften auf diese Taktik in Zeiten des Niederganges der revolutionären Möglichkeiten zurück. "Nach diesem gleichen Rezept muß jetzt auch in Deutschland gehandelt werden, um die in der deutschen Bourgeoisie herrschenden Gegensätze zu Gunsten der Weltrevolution zu benutzen. Die Wahl des für den entscheidenden Schlag günstigen Augenblicks ist von ausschlaggebender Bedeutung. Deshalb müssen die Kommunisten Geduld haben, denn ein Rückzug bedeutet nicht eine Niederlage, sondern aktive Verteidigung."

Allgem. Ztg. v. 1. Juni 1949

Die volkseigenen Metallwerke Tambach bei Gotha haben die erste Maschine zur Verglasung von Glühlampensockeln fertiggestellt. Die sogenannte Glasvitrierung der Glühlampensockel wurde bisher nur in Westdeutschland betrieben. Vom 1. Mai an sollen in den Tambacher Metallwerken mtl. 200 000 Sockel hergestellt werden. Der Bau weiterer Maschinen wird vorbereitet.

Wirtschaftsrev. vom 27. Mai 1949

No. 144

Auszüge aus Presseberichten

=====

Spinnstoff-Erzeugung. Der Berliner Spinnstoffwirtschaft wurden durch die Blockadeaufhebung die Pforten zum Festen wieder geöffnet. Mit der Spinnstoffwirtschaft Berlins verbindet sich die Vorstellung einer Bekleidungsindustrie von hohem Rang, während die Vorstufen nur schwach vertreten sind. Diese Bekleidungsindustrie hat durch Krieg und Blockade empfindlich gelitten. In Berlin dienten vor dem Krieg noch über 100 000 Männer und Frauen allein der Bekleidungsindustrie. Die Damenoberbekleidungsindustrie der Hanostadt umfasste 80 bis 90 % der deutschen Kapazität. Dazu gesellten sich die Herrenoberbekleidung, die Wäsche-, Wieder- und Krawattenindustrie, die Zutatenzweige der verschiedensten Art usw. - Die Berliner Konfektion bestritt in den letzten Vorkriegsjahren rund 40 % des Umsatzes der deutschen Bekleidungsindustrie. Ihr Hauptteil liegt im Ostsektor. Die Ostzone umfaßt darüber hinaus wichtigste Schwerpunkte der deutschen Textilindustrie. Bisher entbehrte die westdeutsche Spinnstoffwirtschaft vor allem die Lieferungen der sächsischen Textilmaschinenindustrie. In Westdeutschland fehlt bis auf bescheidene Aufträge die Industrie der feinen Damenstrümpfe Chemnitzer Art, eine ausreichende Kammgarnindustrie, fast die gesamte Fabrikation von Stoffhandschuhen und die Stickerei-, Spitzen- und Cardinen-Industrie, wie sie im Vorkriegsgebiet heimisch ist. Die Westzonen brauchen einen erheblichen Zuschuß an Apoldaer Wirk- und Strickwaren und an Greiz-Ceraer Tuch- und Kleiderstoffen. Umgekehrt hat der Osten eine unzureichende Kunstseidenindustrie, vor allem fast keine Kupferkunstseide, eine im Gegensatz zur Kammgarnspinnerei ausstattung viel zu geringfügige Wäscherei- und Kammereikapazität, eine bescheidene Seidenwebereiindustrie, einen Mangel an Leinen- und Halbleinen-Webereien, einen empfindlichen Anstoßdruckerei und schließlich einen Engpaß in Chemikalien. Auch dies sind nur hervorstechende Beispiele; sie genügen jedoch, um die störenden, wenn nicht verhängnisvollen Wirkungen dieses Zonenwirrwirrs zu beleuchten, der keinen Ausgleich zwischen Mangel und Überfluß oder guter Ausstattung zuläßt.

Allgem. Ztg. vom 27. Mai 1949

Binnen 2 Monaten sollen auf Anordnung der DWA alle industriellen Erzeugnisse der SBZ so gekennzeichnet werden, daß der Hersteller einwandfrei festgestellt werden kann. Die Kennzeichnung gilt als eindeutig, wenn sie die Firmenursprungsbezeichnung, ein eingetragenes Warenzeichen oder eine eingetragene Handelsnummer enthält. Die Herkunft von Waren aus volkseigenen Betrieben muß aus der Kennzeichnung hervorgehen. Die beim Groß- und Einzelhandel nachweisbar aus früheren Lieferungen vorhandenen Warenbestände können auch nach der Frist ohne Kennzeichen in den Verkehr gebracht werden. Ferner haben alle Hersteller und Verteiler industrieller Erzeugnisse in ihren Büchern, Rechnungen, Belegpapieren usw. die sechsstelligen Nummern der Erzeugnisse gemäß dem allgemeinen Warenverzeichnis anzugeben.

Wirtschaftsrev. vom 27. Mai 1949

Die volkseigenen Chemischen Werke in Bad Döberan (Mecklbg.) sind die einzige Fabrik in Deutschland, die aus Tabakspalten chemisch reines Nikotin herstellt. Der Betrieb hat das Nikotin, das vorwiegend zur Schädlingsbekämpfung im Wein- und Obstbau dient, in alle Länder der Welt versandt. Heute können Auslandsaufträge nur ausgeführt werden, wenn die notwendigen Rohstoffe, Tabakstaub oder Tabakspalt, zur Verfügung gestellt werden. Das in Döberan gewonnene Nikotin wird in der SBZ nur noch in Arzneimittelfabrikation verwendet. Zur Zeit werden im Tagesdurchschnitt 10 t Tabakstaub verarbeitet, die je nach Art des Tabaks 30 bis 50 kg 96-faches Nikotin ergeben.

Wirtschaftsrev. vom 27. Mai 1949

In der Berliner Zeitung fordert der ehemalige Oberst im Gen.Stab der Luftwaffe Walter LEWISS-LITZMANN die Offiziere der Wehrmacht auf, aus dem politischen Hintergrund hervorzutreten und sich in die nationale Front einzureihen. Den aktiven Offizieren werfe man mit Recht vor, mit ihrer befehlsgemäß unpolitischen Haltung ein bequemes Werkzeug gewisser politischer Kräfte gewesen zu sein und deren Macht gestärkt zu haben. "Man kann uns jedoch nicht vorwerfen, daß wir nicht national empfunden hätten."

Rhein. Merkur vom 28. Mai 1949

No. 25

Presseberichte aus den Westzonen

Oberbehörde. Westdeutsche Politiker unter Führung von Dr. Auenauer planen eine sogenannte kleine Bundesregierung zu errichten, die als "Oberbehörde" von den eigentlichen Ministerien getrennt werden soll. Diese Oberbehörde, die etwas ganz Neues in der Geschichte des modernen Staatswesens auf der ganzen Welt wäre, könnte unabhängig von den Ministerien auch in einer anderen Stadt arbeiten und nur die eigentlichen Ministerialarbeiten erledigen. Die speziellen Arbeiten der Ministerien würden hiervon nicht berührt. Die jetzigen Zwei-Zonen-Behörden hätten keinesfalls als Wasserkopf zu gelten. Trotzdem müsse man erwägen, ob nicht in den künftigen Bundesministerien auf lange Sicht nach neuen Grundsätzen geplant werden sollte, da ja die Zwei-Zonen-Behörden nur provisorisch geschaffen worden seien. Ende Juni trete der Wirtschaftsrat höchstwahrscheinlich zum letzten Male zusammen. Der 17. Juli konnte nach Ansicht Dr. Pünders zum Wahltag für den Bundestag bestimmt werden. In der zweiten Hälfte des Monats August sei dann mit dem ersten Zusammentreten der Bundesregierung zu rechnen.

Allgem. Ztg. vom 31. Mai 1949

Technische Messe. Die Technische Messe Hannover ist vorbei. Die Aussteller sind von ihrem Verlauf befriedigt. Nach bisherigen Schätzungen sind für rund 90 Mill. DM Exportaufträge und für 60 Mill. Inlandaufträge erteilt worden. 2/3 der Aufträge sind von ausländischen Käufern erteilt worden. Als Hauptkäufer trat Holland für Fahrzeuge, Maschinen und Elektromaterial auf. Es folgen Indien und Ceylon mit großen Aufträgen für den Maschinenbau. - Von den ausländischen Aufträgen fallen über 60 v.H. auf Kraftfahrzeuge und Zubehör, 17 v.H. auf den Maschinenbau und 16 v.H. auf die Elektroindustrie. Bei den Inlandaufträgen führt die Kraftfahrzeugindustrie vor der Elektroindustrie. - Hinsichtlich der Erzeugerländer steht Württemberg-Baden bei den Exportabschlüssen mit 55 v.H. bei weitem an der Spitze.

Die Welt vom 31. Mai 1949

Interzonenhandel. Ein Sprecher der Zweizonenverwaltung für Wirtschaft gab die Gründe bekannt, die zum Scheitern der Interzonenhandelskonferenz führten. Die größte Schwierigkeit bildete die Einigung über die Zahlungsfrage. Die Vertreter der DWK hatten den westdeutschen Vorschlag, der auf eine Verrechnung in D-Mark über ein Konto bei der Bank deutscher Länder und auf eine Unterteilung der Lieferungen in "Vorbehalts-güter" mit Genehmigungspflicht und "Horize Waren" hinausläuft, nicht angenommen. Die Verwaltung für Wirtschaft hatte die Gegenvorschläge der DWK auf Errichtung von zwei parallelen Konten mit Parität von Ost- und Westmark ebenfalls abgelehnt.

Süddt. Ztg. vom 31. Mai 1949

Deutsche Auslandsvertretungen. Mit der Ernennung von Dr. von MANGOLD zum ständigen Leiter des deutschen ERP-Büros in Paris ist faktisch die erste deutsche Nachkriegs-Auslandsvertretung geschaffen worden. Wie Dr. Pünder dazu erklärte, habe man Dr. von Mangold, der schon lange im Pariser ERP-Büro arbeitete, mit der Leitung der deutschen Angelegenheit am Sitz der europäischen Marshallplan-Organisation betraut, nachdem die Lösung der deutschen Probleme dort aus alliierten in deutsche Hände übergegangen sei. Künftig wird man bei Bedarf Sachverständigen nach Paris delegieren.

SAZ vom 1. Juni 1949

Wahlen in Wolfsburg. Bei der Wahl zur Stadtvertretung in Wolfsburg hat die Deutsche Partei die meisten Stimmen erhalten, und zwar von 26 290 gültig abgegebenen Stimmen 12 619. Es folgt die SPD mit 7 300. Die Wahlbeteiligung betrug 70 %. Das Wahlergebnis macht deutlich, daß die Deutsche Partei die Wähler der Rechtspartei angezogen hat.

Allgem. Ztg. vom 31. Mai 1949

Grundgesetz. Dt. katholische Bischöfe üben scharfe Kritik am Grundgesetz. Sie erkennen hierin an, daß zwar einer Reihe von Einzelforderungen in vielfacher Hinsicht entsprochen wurde, es bleibe aber mit einem schweren Makel behaftet, weil das Elternrecht in seiner Anwendung auf die Schulerziehung nicht ausdrücklich anerkannt wurde. Daher kann es nur als eine vorläufige Ordnung betrachtet werden, das einer schnellen Ergänzung bedarf. "Wir werden den Kampf um Gewissensfreiheit und volles Elternrecht aufnehmen."

Die Welt vom 28. Mai 1949

SECRET

25X1A

No. 24

Presseberichte aus den Westzonen

Ungenügende Versorgung. Der Verband der Körperbeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen für das Land Hessen veranstaltete eine Protestkundgebung. Landesvorsitzender SAUER bezeichnete die Art der Behandlung der in Not geratenen Beschädigten als besondere Tragik und wandte sich um Hilfeleistung an das Ausland. Er stellte die Frage, wo Humanität und Demokratie blieben, wenn Tausende der Verelendung preisgegeben würden durch ein Körperbeschädigten-Leistungsgesetz, das jeder sozialen Gerechtigkeit Hohn spreche. Für das Gesetz machte er die Lethargie der Alliierten und den mangelnden Mut der deutschen Politiker, sich verantwortungsbewusst einzusetzen, verantwortlich. Bis zur Schaffung eines neuen Gesetzes verlangte der Redner Anpassung der Renten an das veränderte Preis- und Lohngefüge. Der Bundesregierung bliebe es nun überlassen, umgehend ein neues Versorgungsrecht zu schaffen. Arbeitsminister ARNDT warnte anschließend vor einem weiteren Aufschub des Leistungsgesetzes, da dann die Flüchtlinge, Vertriebenen und Kriegsgeschädigten zu einer radikalen Politik greifen könnten.

Allgem. Ztg. vom 30. Mai 1949

Deutsche Union. Der Vorstand der Deutschen Union hat in einer Erklärung zu dem Beginn eines "neuen Abschnitts der politischen Entwicklung in Deutschland" Stellung genommen und die Durchführung freier und geheimer Wahlen sowie die Zulassung aller demokratischen Parteien in ganz Deutschland gefordert. Weiter der Bonner Bundestag noch der Volksrat der Ostzone erfüllen, so heißt es in der Erklärung, die Hoffnungen des Volkes, das weder von einem Weststaat noch von der östlichen "Volksdemokratie" etwas wissen wolle.

Süddt. Ztg. vom 28. Mai 1949

Proteste gegen Max Reinanns Verhaftung. Der KPD-Parteivorstand erhob scharfen Protest gegen die Verhaftung R. Die KPD erblickt in diesem "Willkürakt" den Versuch, die "ständig wachsende Bewegung für ein einiges und unabhängiges Deutschland" zu schwächen und die KPD im kommenden Wahlkampf zu behindern. Die Einkerkierung R. ist nach Ansicht der KPD unter Bruch seiner parlamentarischen Immunität erfolgt, da der Parlamentarische Rat noch nicht aufgelöst worden sei.

SAZ vom 31. Mai 1949

Senkung des Diskontsatzes um 0,5 v.H. Der Zentralbankrat der Bank Deutscher Länder beschloß, die Diskontsätze mit Wirkung vom 27. Mai um 1/2 v.H. herabzusetzen. Zur weiteren Lockerung auf dem Gebiet der kurzfristigen Kredite werden die Mindestreserven, die die Geldinstitute bei den Landeszentralbanken zu unterhalten haben, soweit sie sich nach den Sichteinlagen der Kundschaft berechnen, gesenkt, und zwar für Geldinstitute an Hauptplätzen von 15 v.H. auf 12 v.H. und für Geldinstitute an Nichtbankplätzen von 10 v.H. auf 9 v.H. Guthaben auf den sogenannten Anlagekonten gelten als Sichteinlagen. Diese Beschlüsse treten am 1. Juni 1949 in Kraft.

Die Welt vom 28. Mai 1949

Auf einer Großkundgebung der CDU in Stuttgart hat sich Dr. ADENAUER u.a. gegen die wieder aufgenommenen Demontagen gewandt. Die von den Reparationslisten abgesetzten Werke stellten kapazitätsmäßig nur etwa 10 % des Gesamtwertes dar. Eine Steigerung des für Westdeutschland notwendigen Exports sei unmöglich, wenn die neuangeordnete unsinnige Demontage ausgeführt würde. Das neuerrichtete Sicherheitsamt für die Westzonen, das den Frieden paralyzieren solle und in Nordrhein-Westfalen bereits tätig sei, scheine sich zu einer Konkurrenz-Spionage übelster Sorte zu entwickeln. Die neue Bundesregierung werde sich gegen diese Industrie-Spionage, die ausdrücklich der Konkurrenz-Angst entspreche, wehren müssen.

Allgem. Ztg. v. 30. Mai 1949

Der Landesvorsitzende der württembergisch-badischen DVP, Dr. HAUSSMANN, forderte die alsoaldige Selbstauflösung und Neuwahl des Landtages. Dieser sei es eine Auflösung durch Volksbegehren und Volksabstimmung vorzuziehen. Der gegenwärtige unklare Zustand sei des Landtages unwürdig und würde auch von einzelnen Beamten-Abgeordneten so empfunden und bezeichnet. Dr. Reinhold MAIER hatte zur Frage der weiteren aktiven politischen Tätigkeit der DVP in der Landtagsauflösung als Thema bezeichnet. Während Landtagspräsident Wilhelm KWI die Möglichkeit einer Gewaltentrennung in modernen Staaten hervor-

2/6/49 25X1A

No. 25 Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 1. Juni 1949

REUTER erklärte gestern, er werde trotz der ablehnenden Haltung auch weiterhin bereit sein, zwischen den Streikenden und der Eisenbahnverwaltung zu vermitteln. Er äußerte sich optimistisch über eine baldige Beendigung des Eisenbahnstreiks.

Wie die UGO mitteilte, werden die streikenden Eisenbahner morgen eine Urabstimmung über das Angebot der Reichsbahndirektion vernehmen, sechzig Prozent der Bezüge in Westmark auszus zahlen. Die ursprüngliche Absicht der UGO, den Interzonenverkehr auch ohne die Zustimmung der Reichsbahn wieder in Gang zu bringen, wurde vorläufig zurückgestellt. Die westlichen Militärregierungen haben einen besonderen Ausschuss für die Währungskontrolle in den Westsektoren eingesetzt. Der Kontrollausschuss hat seine Arbeit bereits aufgenommen. Wohnungsinhaber haben von jetzt an ihre Mieten an Hausbesitzer, die im Ostsektor oder in der Ostzone wohnen, auf ein in den Westsektoren eröffnetes Bankkonto zu überweisen.

Der württembergisch-badische Kultusminister Dr. Beyerle erklärte auf der Schlußsitzung des Kongresses für bessere menschliche Beziehungen in München, die Besatzungsmächte hätten eine Reihe von Fehlern begangen, welche die demokratische Erziehung des deutschen Volkes verzögerten. In Namen des deutschen Volkes seien in In- und Ausland große Verbrechen begangen worden. Es sei die Schuld der Deutschen, daß sie diesen Verbrechen nicht entschieden genug entgegen getreten seien. Die als Sühne dem deutschen Volk auferlegte Methode der Entnazifizierung sei aber nicht nur falsch, sondern sogar ein nationales Unglück. Die Entnazifizierung sei ein mißglückter Versuch, dem deutschen Volk Klarzumachen, was Gerechtigkeit sei.

In Württemberg-Baden ist als dem ersten Land in der amerikanischen Zone das Lizenzierungssystem der Mil.Reg. für Druckerzeugnisse aufgehoben worden. Es ist nun jeder Person erlaubt, Zeitungen, Bücher und Broschüren zu veröffentlichen. Den Verlegern ist jedoch auch weiterhin die Propagierung nationalsozialistischer Ideen und die Veröffentlichung von Druckmitteln untersagt, die Feindseligkeiten und Mißtrauen hervorrufen oder die militärische Sicherheit der Besatzungsmacht gefährden können.

Franz BLÜCHER hat an Dr. Pünder ein Telegramm gesandt, in dem er ihn bittet, sich dafür einzusetzen, daß die Celsenberg-Benzin AG und die Fa. Scholven, die beide Fabriken zur Herstellung von synthetischem Benzin sind, nicht abgebaut werden. Er empfahl Dr. Pünder, sein Telegramm an die zuständige britische Stelle weiterzuleiten. In Südwürttemberg-Pföndzellern ist das Notopfer Berlin aufgehoben worden.

Die Außenminister setzten heute ihre Beratungen fort. Mittags trafen sich die drei westl. Außenminister zu einer Privatunterredung. Es wurde beschlossen vorzuschlagen, die nächsten Beratungen geheim zu führen. Besonders Bevin setzte sich dafür ein, weitere Tagungen ohne Teilnahme der Öffentlichkeit stattfinden zu lassen. Auch gestern hatte Wysskowski erklärt, er könne sich nicht dem westlichen Standpunkt über die politische Einheit Deutschlands anschließen. Man beschloß daher, zum zweiten Punkt der Tagesordnung, dem Berliner Problem und der Währungsfrage, überzugehen. Pol. Kreise sind überzeugt, daß eine wirtschaftliche Einigung des Maximum wäre, das erreicht werden könne.

Sender Stuttgart vom 2. Juni 1949

Die Kohlenförderung im Ruhrgebiet hat einen neuen Höchststand erreicht, und zwar wurden im Mai durchschnittlich 335 000 t täglich gefördert. Damit hat sich der Tagesdurchschnitt um 6 1/2 tausend Tonnen erhöht. Walter FISCH erklärte dieser Tage: "Wir werden jeden zur Kachenschaft ziehen, der sich am Aufbau eines westdeutschen Kolonialstaates mitschuldig macht! Reimann sei nur verhaftet worden, damit die Wahrheit mundtot gemacht würde."

SECRET

25X1A

No. 24

Auszüge aus Funkberichten

Sender Stuttgart vom 31. Mai 1949

Wyschinski hat heute die Vorschläge der Westmächte für die politische und wirtschaftliche Zukunft Deutschlands erneut abgelehnt. Er sagte, das Besatzungsstatut sei zeitlich nicht befristet. In dem Statut sei vorgesehen, daß in Deutschland eine lange Besatzung verbleibe. Weiter erklärte er, die Einheit Deutschlands könne nicht nach dem Muster des Grundgesetzes hergestellt werden. Er verlangte ferner, daß eine Delegation des sogenannten Volksrats ihre Ansichten über Deutschland vorbringen könne. Diese Forderung wurde von den drei Westmächten energisch zurückgewiesen. Adenauer erklärte, er glaube auf keinen Fall, daß die 2000 Delegierten des deutschen Volkskongresses in irgend einer Weise das deutsche Volk oder auch nur die Bevölkerung der Ostzone repräsentierten. Der Volkskongress sei eine russische "Marionetten-Organisation", die nicht wage, irgend etwas zu sagen, was nicht von der SU vorher genehmigt sei.

Die sowjetisch kontrollierte Reichsbahndirektion Berlin hat angeordnet, daß vom 1. Juni an Fahrkarten für die westberliner S-Bahnstrecken nur gegen Westmark verkauft werden. Kreikoweyer hat die Verhandlungen mit Oberbürgermeister Reuter über den Streik abgesagt. Das Vermittlungsangebot Hahlborns sei schon deshalb gegenstandslos, weil die Eisenbahndirektion schriftlich verweigert den Berliner Magistrat ersucht habe, den in den Westsektoren Berlins wohnenden Eisenbahnern 60 % der Lohnzahlungen in Westmark anzutauschen.

Der württemberg-badische Landtag beschäftigte sich mit der Frage der Zugehörigkeit von Beamten zum Parlament. Präsident KEIL teilte mit, daß für das Land Württemberg-Baden ein neuer Gesetzentwurf ausgearbeitet werden müsse. Dr. LUTHE hat eine Regierungserklärung ab, in der es heißt, den Gesetzen zufolge würden sich die Beamten-Abgeordneten lediglich aus Gründen der Disziplin zu entscheiden haben, ob sie ihr Amt oder ihr Abgeordneten-Mandat beibehalten wollten. Für diese Entscheidung müsse ihnen eine angemessene Zeit gelassen werden. Daher könne ein automatisches Erlöschen der Mitgliedschaft eines Beamten nicht bejaht werden. Hinzu komme, daß der unstrittene Artikel des Landesbeamten-Gesetzes mit der Landesverfassung nicht vereinbar sei und im Widerspruch zu anderen Verfassungsartikeln stehe. Der Entwurf des Innenministeriums für das neue Landes-Wahlgesetz sehe eine Beschränkung der Wahlbarkeit der Beamten vor. Die Regierung wolle aber mit der Regelung der Angelegenheit warten, bis der genaue Inhalt des Bundeswahlgesetzes feststehe. Der Sprecher der CDU, WIEDEMANN, sagte, daß ein Gesetz die Frage regeln müsse. Die SPD lehnte durch Leibbrand die Reg. Erklärung ab. Dr. KESSELER, DVP, betonte, die wil. Gov. der amerikanischen und der britischen Zone besprächen heute mit den Min. Präs. der Doppelzone die alliierten Abänderungswünsche zum Wahlgesetz. Die Min. Präs. KOPF anschließend mitteilte, wurde in der Unterredung klargestellt, daß die Min. Präs. lediglich für die Fortsetzung des Wahlgesetzes, die Einberufung des Bundestages und die Bestellung eines Wahlkommissars zuständig sind. Eine Abänderung des Wahlgesetzes, wie sie vor allem für das Wahlsystem, die Zahl der Abgeordneten und die Verteilung der Kandidaten auf die einzelnen Länder gefordert wird, ist eine Angelegenheit des Parl. Ratet.

STOCK erklärte, die Min. Präs. würden sich voraussichtlich nicht mit der von den Alliierten gewünschten Forderung der Bestimmung über Wahlscheine einverstanden erklären. Die Gouverneure hätten gefordert, die Ausgabe der Wahlscheine nur auf Angehörige der Seeschifffahrt zu beschränken. Die Verwirklichung dieser Bestimmung würde den Prozentsatz der Wahlbeteiligung erheblich herabsetzen, da dann nicht nur zahlreiche Geschäftsleute von der Wahl ausgeschlossen wären, sondern auch viele Urlaubreisende, die gerade im Hochsommer besonders zahlreich seien. Im übrigen sei es wegen der Dringlichkeit gut, daß die Min. Präs. nicht über Änderungen am Wahlgesetz zu beschließen hätten. Die Tatsache, daß 11 Landtage sich dann erst eingehend mit der Materie befassen müßten, würde die Wahl zum 1. Bundestag um Monate verzögern.

241/149 25X1A

No. 23

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 27. Mai 1949

Die Außenmin. werden voraussichtlich Wyschinski heute auffordern, seine Pläne für ein einheitliches Deutschland genau zu definieren. W. bestand auch gestern auf Wiederherstellung des Kontrollrates. Im Verlauf der Sitzung entwarf er eine Bild über die Entwicklung in der Ostzone. Er sagte u.a., daß der Lebensstandard in der Ostzone besser sei als der in der Westzone. Seine Darlegungen wurden jedoch von den Westmächten mit Skepsis aufgenommen. - Bisher haben die Westmächte die sowjetischen Forderungen noch nicht eindeutig abgelehnt. Sie ließen jedoch durchblicken, daß auch sie einige Bedingungen stellen werden.

Der Güterverkehr zwischen den Westzonen und Berlin ist eingestellt worden. 35 Züge liegen auf der Strecke fest. Seit Dienstag sind nur 7 Züge in Berlin eingetroffen.

Anlässlich der Mitgliederversammlung der Deutsch-Belgisch-Luxemburgischen Handelskammer gab Dr. PNEIDER einen Rechenschaftsbericht über die westdeutsche Wirtschaftspolitik. Unter Bezugnahme auf die steigende Kohlenförderung erklärte er, bei Erreichen von 360 000 t tägl. werde die Bewirtschaftung von Kohle wesentlich gelockert oder aufgehoben werden. - Durch eine sinnvolle Zusammenfassung aller möglichen Finanzierungsquellen hoffte man, im Laufe des Etatsjahrs 49/50 für Investitionszwecke 7,5 Mrd. DM flüssig machen zu können. - Auch die demnächst von der Kreditanstalt für Wiederaufbau herauskommende steuerbegünstigte Anleihe werde Kapital für die wichtigsten Investitionsvorhaben, wie Wohnungsbau, Bergbau, Energiewirtschaft sammeln, wobei die verschiedenen Landesregierungen nach der Dringlichkeit der Kapitalinvestitionsvorhaben berücksichtigt würden. - Zur Frage des kontinuierlichen Absatzes der deutschen Produktion nach Befriedigung des Nachholbedarfes erklärte Dr. PNEIDER, nur eine außerordentliche Steigerung der deutschen Exporte könne auf die Dauer eine Absatzkrise verhindern. Der Anteil der Rohstoffe am westdeutschen Export sei noch immer zu hoch. Leider gingen nur 22,5 % der gesamten westdeutschen Kohle ins Ausland, wo die Kohle unter Weltmarktpreis verkauft werden müsse. Diese Tatsache stehe der Ausweitung der Produktion, dem Ausbau der Industrieanlagen und einem Wohnungsbau in größerem Stil im Wege.

August HAUSSELEITER fordert freie und geheime Wahlen in allen deutschen Ländern unter Kontrolle der UN. Er setzt sich für die Wiederherstellung der Grenzen von 1937 ein. Die Grundsätze der Atlantik-Charta müssen für die ganze Menschheit gelten; sie für einzelne Völker unter Kraft zu setzen, gefährdet die Demokratie. Das Schicksal der deutschen Oder-Neiße-Grenze muß von seinen ehemaligen Bewohnern entschieden werden. Ein gerechter Friede ist Voraussetzung für die demokratische Weiterentwicklung in Europa.

Sender Stuttgart vom 28. Mai 1949

Die Besprechungen zwischen Vertretern des Frkf. Wirtschaftsrates und der DWK zwecks Wiederaufnahme des Interzonenhandels sind auf unbestimmte Zeit vertagt worden, da es den Frankfurterern an Unterlagen fehle. Die ostzonalen Vertreter haben sich bereit erklärt, die Besprechungen jederzeit wieder aufzunehmen.

Die Landesversammlung der CSU in Schwabing hat heute an Stelle von Justizmin. Dr. Müller mit 216 von 251 Stimmen den Vin. Präsid. Dr. EHARD zum Landesvorsitzenden gewählt. EHARD sagte, er bringe ein großes persönliches Opfer, wenn er das Amt des Vin. Präsid. mit dem des Landesvorsitzenden verbinde. Das könne nur in einer Stärkung der Partei und ihrer Haltung als politisches Instrument liegen. Die Aufgabe sei unlösbar, wenn nicht endlich mit dem persönlichen Gegensatz in der Partei aufgehört werde. Keine Richtschar in der Politik sei und bleibe: Nicht Bayern und Deutschland, sondern Bayern in Deutschland. Das neue Soforthilfengesetz soll sobald wie möglich in Kraft treten. Man hoffe, dafür keinen großen Verwaltungsapparat zu benötigen. Die Soforthilfe ist in erster Linie für Flüchtlinge, Vertrieben und Abzugsgeschädigte vorgesehen.

SECRET

SECRET

No. 26

Presseberichte aus den Westzonen

Neues Wirtschaftsprogramm. Der wirtschaftspolitische Ausschuss der CDU hat ein neues Siebzehn-Punkte-Wirtschaftsprogramm vorgelegt, das im wesentlichen folgende Thesen enthält: Schaffung einer Zentralaufsicht für die Währung; keine Subventionspolitik; kein Preisamt; Erhöhung des Realeinkommens nur durch Preissenkung, da sonst eine internationale Wettbewerbsfähigkeit unmöglich ist; kein Zwangssparen, sondern Steuervergünstigungen zum Zwecke der Kapitalbildung; Steuerreform, verbunden mit größerer Sparsamkeit der öffentlichen Hand; und Neubau der deutschen Handelsflotte, da bisher rund 200 Millionen Dollar jährlich für die Benützung fremder Schiffe ausgegeben worden sind.

Prof. ERHARD erklärte in einer Rede, das Prinzip der Wirtschaft sei dynamisch, während die Geschichte bewiesen habe, daß alle Versuche, die Wirtschaft durch Zwang in die Statik zu drängen, fehlschlagen müßten. Erhard warf den Kritikern vor, sie hätten als einzigen Ausweg aus den Schwierigkeiten immer nur die Vorteile der Planwirtschaft zu nennen gewußt, die bereits gründlich versagt habe. Kein Mensch könne erwarten, daß nach einem fünfjährigen Zwangszustand in drei bis vier Jahren alle Schäden geheilt sein sollten.

Verschiedene Krisensymptome der gegenwärtigen Lage könnten, so schwerwiegend sie im einzelnen auch seien, durchaus als positiv für die kommende Entwicklung gewertet werden. So sei der gegenwärtige Kreditmangel durchaus ein Zeichen der Konsolidierung, denn er zeige, daß das Gefühl für echtes und gesundes Geld wieder im Wachsen und, daß dieses Geld auch tatsächlich gut sei. "Es fiel mir nicht schwer in acht Tagen alle Arbeitslosen von der Straße zu bringen. Aber der Preis dafür wären neue inflationistische Tendenzen. Damit würde wiederum eine wirtschaftliche Schwächung eintreten, die Preise würden anziehen und das Realeinkommen sinken".

Erhard lehnte die liberalistische Zyklustheorie, die einen periodischen Auf- und Abstieg der Wirtschaft in einem sieben- bis neunjährigen Zeitraum annimmt, ab. Um die Kapitalnot der deutschen Wirtschaft zu beheben, seien jährlich sieben bis acht Milliarden Mark an Investitionen erforderlich. Zur Zeit würden Mittel bereit gestellt, und zwar aus dem "Counter-Part-Fonds" sowie durch anleihen wie jetzt zum Beispiel durch die Reichsbahnanleihe.

Allgem. Ztg. v. 1. Juni 1949

Deutsche Union. Vier Mitglieder der DU, und zwar Schlomm, Woschesch, Mathy und Peleng, wurden mit sofortiger Wirkung vom Vorstand der DU ausgeschlossen. Es wird ihnen vorgeworfen, mit Vertretern der PDJ und des PDGB an der Gründung der Aktionsgemeinschaft für ein einiges Deutschland mitgewirkt zu haben. Damit machte die DU einen Beschluß wahr, der jedem Mitglied Verhandlungen mit offiziellen Ostzonenorganisationen verbietet.

Die Neue Ztg. vom 31. Mai 1949

Zur Erforschung des Nationalsozialismus. Kürzlich wurde in München eine Kuratoriumssitzung des "Deutschen Institut zur Erforschung des Nationalsozialismus" abgehalten. Das Institut hat als Ziel, die Öffentlichkeit über die Vorgeschichte und die Geschichte des Nationalsozialismus zu informieren und Vorbereitungen für eine wissenschaftliche Darstellung dieser Zeit zu treffen. Es ist eine Stiftung der Ministerpräsidenten der Länder der amerik. Bes. Zone und soll von den Ländern des Bundes getragen werden.

Allgem. Ztg. vom 1. Juni 1949

Die Gründung einer neuen Partei ist in Heidelberg beschlossen worden, in der ohne parteipolitische Bindung alle Flieger- und Währungsbeschädigten, ausgewiesenen und Flüchtlinge sowie alle Kriegsbeschädigten zusammengefaßt werden sollen.

Allgem. Ztg. vom 31. Mai 1949

Die Deutsche Zentrums Partei hat jetzt ihre Tätigkeit auch in Rheinland-Pfalz aufgenommen.

SAZ vom 31. Mai 1949

SECRET

SECRET

31/5/49

No. 105

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 27. Mai 1949

Berlin: Gegen die Terrormaßnahmen der UGO wird in Protestkundgebungen Stellung genommen. So sandten die Eisenbahner von Leipzig, Zwickau, Dresden usw. Telegramme, in denen sie ihrer Empörung Ausdruck geben, daß das Volkseigentum mutwillig zerstört worden ist. Die heutige vierte Sitzung wurde nach vierstündiger Dauer beendet. Den Vorsitz führte Außenmin. Acheson. Auf der Tagesordnung stand wiederum die wirtschaftl. und pol. Einheit Deutschlands, zu der W. eingehende Vorschläge gemacht hatte.

Korrespondenten einiger Berliner Zeitungen haben auf die von ihnen rechtzeitig festellten Einreiseanträge zwecks Teilnahme an der Außenministerkonferenz noch keine Antwort erhalten. Es hat den Anschein, als ob die französische Regierung stillschweigend über die Anträge hinweggehen will, um dadurch der Pflicht enthoben zu sein, die Ablehnung begründen zu müssen. In Kreisen der Journalisten wird die Auffassung vertreten, daß einige Mächte nicht an einer objektiven Berichterstattung interessiert sind.

Zur gegenwärtigen politischen Situation nahm PESCHKE auf der Zonenfunktionärkonferenz der IG Metall Stellung. Er sagte, die Vorschläge Wyschinskis haben klar erkennen lassen, daß die SU bereit sei, alles zu tun, um die Einheit Deutschlands wieder herzustellen. Die 600 Delegierten richteten an alle Metallarbeiter die Aufforderung, die Einheit Deutschlands zum obersten Gesetz ihres Handelns zu machen. - Wyschinski habe in seinen Forderungen über die Wiederherstellung des Viermächtekontrollrates nichts vorgeschlagen, was unannehmbar sei. Es solle daher nicht schwer fallen, zu den alten Beschlüssen von Potsdam zurückzugehen. Wären wir Deutschen in Paris vertreten, würden wir nichts anderes fordern, als was er vorgeschlagen habe.

Sender Leipzig vom 28. Mai 1949

Berlin: Der Dritte Deutsche Volkskongreß wird morgen zu seiner ersten Tagung zusammentreten. Die Vorbereitungen dafür sind abgeschlossen. Unter den auswärtigen Delegierten befinden sich zahlreiche Teilnehmer aus Westdeutschland. Zum Thema Deutschland und die Außenministerkonferenz werden u.a. Pieck, Muschke usw. Stellung nehmen. Auf der Tagesordnung steht ferner die Wahl einer Delegation, die Deutschland in Paris vertreten soll.

In der Zeitschrift "Deutschlands Stimme" wird die Bildung einer gesamtdeutschen Nationalen Front als die wichtigste Aufgabe des Volkskongresses bezeichnet. Ferner wird der Abschluß des Friedensvertrages, Abzug der Besatzungstruppen usw. gefordert, weil das die Voraussetzungen für eine friedliche Entwicklung in Deutschland ist. - In zahlreichen Städten Westdeutschlands sind auf Volksversammlungen

Entscheidungen angenommen worden, in denen die Ziele des Volkskongresses begrüßt wurden.

Die Tägliche Rundschau schreibt heute, die ersten Tage in Paris haben ergeben, daß es nur die SU ist, die bisher positive Vorschläge hervorgebracht hat. Die Westmächte begnügten sich damit, das Wort "Einheit Deutschlands" ständig zu wiederholen, ohne einen konstruktiven Vorschlag zu machen. Ihre Gegenargumente wären so dürftig, daß sie nur die Richtigkeit der Vorschläge der SU bestätigten. - Prof. SUDZISLAWSKI erklärte, das deutsche Volk könne den Vorschlägen Wyschinskis zustimmen, denn sie entsprächen seinen Interessen.

Die KPD von Rheinland-Pfalz sandte an den Volkskongreß eine Erklärung, in der es heißt, daß sich alle aufrechten Deutschen zur Nationalen Front sowie für Deutschlands Einheit und Frieden erkennen. Während sich westdeutsche Politiker zur Zerstückung Deutschlands hergegeben haben, erhebt der Deutsche Volkskongreß seine Stimme zur Entsehung einer deutschen Delegation nach Paris.

Sender Leipzig vom 29. Mai 1949

Heute wurde der Dritte dt. Volkskongreß eröffnet. PIECK erklärte, Aufgabe des 3. Volkskongresses sei es, neue Mittel und Wege zu finden, um das Wapück der Spaltung Deutschlands zu verhindern. Die breite Kampflinie der "Nationalen Front" müsse auch auf Westdeutschland ausgedehnt werden.

SECRET

2/1/49
SECRET

No. 146

Auszüge aus Presseberichten
=====

Verfassung der Ostzone. Die vom Dritten Volkskongreß der Ostzone angenommene Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik besteht aus einer Präambel und drei Abschnitten mit insgesamt 144 Artikeln. Die Verfassung besagt, daß Deutschland eine unteilbare demokratische Republik ist, die sich auf den deutschen Ländern aufbaut. Ihre Hauptstadt ist Berlin. Ihre Farben sind Schwarz-Rot-Gold.

Der zum Unterschied vom Bonner Grundgesetz stärker ausgeprägte zentralistische Charakter kommt dort zum Ausdruck, wo es heißt, daß alle wesentlichen Angelegenheiten von der Republik, alle anderen von den Ländern beschlossen werden. Die vom Volk ausgehende Staatsgewalt hat ihr höchstes Organ in der Volkskammer, die aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen hervorgeht. Die Verfassung kennt keine Dreiteilung der Regierungsgewalt in die Gesetzgebung, Exekutive und Rechtsprechung. Der Volkskammer zur Seite steht die Länderkammer. Beide Kammern wählen gemeinschaftlich den Präsidenten der Republik aus der stärksten Fraktion der Volkskammer. Der Präsident ist zugleich Regierungschef und amtiert vier Jahre.

In der Verfassung ist die in der Ostzone vorgenommene Enteignung von Kriegsverbrechern und nationalsozialistischen Aktivisten, die Verstaatlichung von Monopolen und Kartellen, die Sozialisierung der Bodenschätze und die Bodenreform verankert. Die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik verlieren das aktive und passive Wahlrecht, wenn sie Propaganda gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze gegen demokratische Politiker und Kriegshetze oder militaristische Propaganda betreiben. Im Übrigen werden in der Verfassung die persönliche Freiheit, die Unverletzlichkeit der Wohnung und das Recht der freien Meinungsäußerung garantiert. Allerdings wird darauf hingewiesen, daß alle diese Rechte durch die geltenden Gesetze eingeschränkt werden können.

Das Sekretariat des Deutschen Volksrats in Berlin hat an die Pariser Außenministerkonferenz ein Telegramm gerichtet, in dem um Bekanntgabe des Termins zum Empfang einer Volkskongreßdelegation durch den Außenministerrat gebeten wird. Gleichzeitig wurden alle vier Besatzungsmächte Deutschlands um Erteilung der Ausreisegenehmigung für die Delegationsmitglieder gebeten.

Zu der Volksratssitzung in der Berliner Staatsoper erklärte ein Sprecher der SED, die Proklamation der Deutschen Demokratischen Republik durch den Vorsitzenden des Volksrats Pieck werde vorerst keine konkreten Maßnahmen, wie Wahlen oder eine Regierungsbildung nach sich ziehen. "Alle politischen Maßnahmen dieser Art werden zurückgestellt, bis in Paris eine Klärung erfolgt. Es wird nichts geschehen, was eine Verständigung behindern könnte." In der Staatsoper seien lediglich die Grundsätze für die Bildung einer Deutschen Demokratischen Republik proklamiert worden, die bei entsprechenden Ergebnissen der Pariser Außenministerkonferenz konkret angewendet werden sollten.

Allgem. Ztg. vom 1. Juni 1949

Ostzonen-LDP. "Die LDP verlangt die restlose und sofortige Behebung der bei der Stimmenauswertung der Volkskongreßwahlen festgestellten Unregelmäßigkeiten und die Strafverfolgung ihrer Urheber", heißt es in einer Resolution der Ostzonen-LDP. Nach einer längeren Besprechung verantwortlicher Parteifunktionäre bei der SMA in Dresden über diese Fragen erklärte der sächsische Justizmin. Dieckmann, die Resolution dürfe auf Befehl der SMA nicht angenommen werden. Die Mehrzahl der Mitglieder des Landesvorstandes der Partei stellte daraufhin fest, es habe keinen Zweck, die Blockpolitik fortzusetzen, und schlug eine Auflösung der LDP vor.

Die Neue Ztg. vom 31. Mai 1949

Großberliner Finanzverwaltung unter neuer Leitung. Der neue Leiter der Finanzabt. des Groß-Berliner Magistrats, Martin SCHMIDT, erklärte anlässlich seiner Amtseinführung, daß die Eingliederung Berlins in den Volkswirtschaftsplan der Zone auch eine Änderung der Methoden und Arbeitsziele der Finanzabt. erfordere. Mit dem kommunal-egoistischen Denken der Vergangenheit müsse gerochen werden. Er kündigte an, daß der Abschluß für das Haushaltsjahr 1948/49 bis spätestens zum 31. Juli fertiggestellt sein würde und gleich dem Zonenhaushalt einen Über-

Neues Deutschland vom 15. Mai 1949

SECRET

4/6/49

No. 145

Auszüge aus Presseberichten

Bildungs-Kollektive. In der Ostzone sind Bildungs-Kollektive entstanden, aus denen Arbeiter und Bauern in das Universitätsstudium gelangen sollen. In den Bildungskollektiven, die vor allen in Sachsen-Anhalt eröffnet worden sind, sollen die Bewerber für das Arbeiter- und Bauernstudium ein halbes Jahr wöchentlich acht bis zehn Stunden in Deutsch, Mathematik, Naturwissenschaften und Gegenwartskunde als Vorbereitung auf das Studium unterrichtet werden. Maßgebender Träger dieser Arbeit ist der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund.

Neue Volks-Ztg. vom 27. Mai 1949

Volkskongreß. Auf dem dritten Volkskongreß hat Volksratspräsident NUSCHKE einen nationalen Staat gefordert und erklärt, es sei eine Zumutung, daß die Westmächte den Anschluß der Ostzonenländer an die Bundesrepublik Deutschland unter der Bonner Verfassung vorgeschlagen hätten. Die Nationale Front, die seit kurzem in der Ostzone propagiert werde, sei keine neue Firma, sie sei vielmehr die Zusammenfassung aller verantwortlichen Deutschen. Nuschke richtete ferner einen Appell an die amerikanische Regierung, in dem er die Abberufung des amerik. Stadtkommandanten in Berlin forderte. Howley stelle eine ständige Bedrohung des Friedens dar. Er habe einen Kriegstil provoziert, der nur durch die Friedensbereitschaft der SU verhindert worden sei.

Professor KASTNER erklärte, die Ostzone lebe schlechter als die Westzone, sie habe aber auch keine skrupellosen Schulden gemacht. Die "Nein"-Stimmen bei der Volkskongreßwahl seien Ausdruck der Empörung darüber, daß Deutschland vier Jahre nach Kriegsende noch keinen Frieden habe.

Am 2. Tag des Kongresses wurde gegen eine Stimme eine "Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik" angenommen. Der Volkskongreß wählte ferner eine 22-köpfige Delegation, die nach Paris zur Konferenz der Außenminister entsandt werden soll. Unter den Mitgliedern der Delegation befindet sich auch der kürzlich verhaftete Vorsitzende der westdeutschen Kommunisten, Reimann.

Der Kongreß beschloß dann eine Denkschrift, die dem Außenministerrat vorgelegt werden soll. Die Außenminister werden darin aufgefordert, einen Friedensvertrag für Deutschland auf der Basis der Abkommen von Jalta und Potsdam zu entwerfen. Die Einheit ganz Deutschlands in Verwaltung und Wirtschaft soll hergestellt und eine einheitliche Währung eingeführt werden. Alle wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Einschränkungen zwischen Westdeutschland und der Ostzone sollen aufgehoben werden. Der Außenministerrat soll ferner die Bildung einer vorläufigen deutschen Zentralregierung aus Vertretern aller demokratischen Parteien und Organisationen einmündig genehmigen und eine Friedenskonferenz einberufen, an der auch eine vorläufige deutsche demokratische Regierung teilnehmen soll.

Allgem. Ztg. vom 31. Mai 1949

Taktischer Rückzug. Major PATENT von der SMA erklärte dieser Tage in Berlin, das kommunistische Ziel sei unveränderlich die Weltrevolution. Lediglich die taktischen Mittel zur Errichtung der Weltrevolution würden gewechselt. Zur bolschewistischen Taktik gehöre auch manchmal der organisierte Rückzug. Die Bolschewisten griffen auf diese Taktik in Zeiten des Niederganges der revolutionären Möglichkeiten zurück. "Nach diesem gleichen Rezept muß jetzt auch in Deutschland gehandelt werden, um die in der deutschen Bourgeoisie herrschenden Gegensätze zu Gunsten der Weltrevolution zu benutzen. Die wohl schlaggebende Bedeutung des heiligen Augenblicks ist von auszuweisen, denn ein Rückzug bedeutet nicht eine Niederlage, sondern aktive Verteidigung."

Allgem. Ztg. v. 1. Juni 1949

Die volkseigenen Metallwerke Tamach bei Gotha haben die erste Maschine zur Verglasung von Glühlampensockeln fertiggestellt. Die sogenannte Glasvitrierung der Glühlampensockel wurde bisher nur in Westdeutschland betrieben. Vom 1. Mai an sollen in den Tamacher Metallwerken 200 000 Sockel hergestellt werden. Der Bau weiterer Maschinen wird vorbereitet.

Wirtschaftsrev. vom 27. Mai 1949

SECRET

SECRET

No. 144

Auszüge aus Presseberichten

=====

Spinnstoff-Erzeugung. Der Berliner Spinnstoffwirtschaft wurden durch die Blockadeaufhebung die Pore zum Westen wieder geöffnet. Mit der Spinnstoffwirtschaft Berlins verbindet sich die Vorstellung einer Bekleidungsindustrie von hohem Rang, während die Vorstufen nur schwach vertreten sind. Diese Bekleidungsindustrie hat durch Krieg und Blockade empfindlich gelitten. In Berlin dienten vor dem Krieg noch über 100 000 Männer und Frauen allein der Bekleidungsindustrie. Die Damenoberbekleidungsindustrie der Hauptstadt umfasste 80 bis 90 % der deutschen Kapazität. Dazu gesellten sich die Herrenoberbekleidung, die Wäsche-, Nieder- und Krawattenindustrie, die Zutatenzweige der verschiedensten Art usw. - Die Berliner Konfektion bestritt in den letzten Vorkriegsjahren rund 40 % des Umsatzes der deutschen Bekleidungsindustrie. Ihr Hauptteil liegt im Ostsektor. Die Ostzone umfaßt darüber hinaus wichtigste Schwerpunkte der deutschen Textilindustrie. Bisher entbehrte die westdeutsche Spinnstoffwirtschaft vor allem die Lieferungen der sächsischen Textilmaschinenindustrie. In Westdeutschland fehlt bis auf bescheidene Anfänge die Industrie der feinen Damenstrümpfe Chemnitzer Art, eine ausreichende Kampfarbeitsindustrie, fast die gesamte Fabrikation von Stoffhandschuhen und die Stickerei-, Spitzen- und Cardinen-Industrie, wie sie im Vorkrieg beherrschend ist. Die Westzonen brauchen einen erheblichen Zuschuß an Apoldaer Wirk- und Strickwaren und an Greiz-Ceraer Tuch- und Kleiderstoffen. Umgekehrt hat der Osten eine unzureichende Kunstseidenindustrie, vor allem fast keine Kupferkunstseide, eine im Gegensatz zur Kampfarbeitsindustrie viel zu geringfügige Wäscherei- und Kämmerleikapazität, eine bescheidene Seidenwebereiindustrie, einen Mangel an feinen- und Halbleinen-Reserzien, einen empfindlichen an Stoffdruckereien und schließlich einen Mangel an Chemikalien. Auch dies sind nur hervorstechende Beispiele; sie genügen jedoch, um die störenden, wenn nicht verhängnisvollen Wirkungen dieses Zonenwirrwarrs zu beleuchten, der keinen Ausgleich zwischen Mangel und Überfluß oder guter Ausstattung zuläßt.

Allgem. Wtz. vom 27. Mai 1949

Binnen 2 Monaten sollen auf Anordnung der DWA alle industriellen Erzeugnisse der SBZ so gekennzeichnet werden, daß der Hersteller einwandfrei festgestellt werden kann. Die Kennzeichnung gilt als eindeutig, wenn sie die Firmenzeichenbezeichnung, ein eingetragenes Warenzeichen oder eine eingetragene Handelsnummer enthält. Die Herkunft von Waren aus volkseigenen Betrieben muß aus der Kennzeichnung hervorgehen. Die beim Groß- und Einzelhandel nachweisbar aus früheren Lieferungen vorhandenen Warenbestände können auch nach der Frist ohne Kennzeichen in den Verkehr gebracht werden. Ferner haben alle Hersteller und Verteiler industrieller Erzeugnisse in ihren Büchern, Rechnungen, Beschriftungen usw. die sechsstelligen Nummern der Erzeugnisse gemäß dem allgemeinen Warenverzeichnis anzugeben.

Wirtschaftsrev. vom 27. Mai 1949

Die volkseigenen Chemischen Werke in Bad Döberan (Mecklb.) sind die einzige Fabrik in Deutschland, die aus Tabakabfällen chemisch reines Nikotin herstellt. Der Betrieb hat das Nikotin, das überwiegend zur Schädlingsbekämpfung im Wein- und Obstbau dient, in alle Länder der Welt verhandelt. Heute können Auslandsaufträge nur ausgeführt werden, wenn die notwendigen Rohstoffe, Tabakstaub oder Tabakabfall, zur Verfügung gestellt werden. Das in Döberan gewonnene Nikotin wird in der SBZ nur noch in Arzneimittelfabrikation verwendet. Zur Zeit werden im Tagesdurchschnitt 10 t Tabakstaub verarbeitet, die je nach Art des Tabaks 30 bis 50 kg 96-faches Nikotin ergeben.

Wirtschaftsrev. vom 27. Mai 1949

In der Berliner Zeitung fordert der ehemalige Oberst im Gen.Stab der Luftwaffe Walter LEWISS-LITZMANN die Offiziere der Wehrmacht auf, aus dem politischen Hintergrund hervorzutreten und sich in die Nationale Front einzureihen. Den aktiven Offizieren werfe man mit Recht vor, mit ihrer befehlsgemäß unpolitischen Haltung ein bequemes Werkzeug gewisser politischer Kräfte gewesen zu sein und deren Macht gestärkt zu haben. "Man kann uns jedoch nicht vorwerfen, daß wir nicht national empfunden hätten."

Rhein. Werkur vom 28. Mai 1949

SECRET

SECRET

No. 25 Presseberichte aus den Westzonen

Oberbehörde. Westdeutsche Politiker unter Führung von Dr. Adenauer planen eine sogenannte kleine Bundesregierung zu errichten, die als "Oberbehörde" von den eigentlichen Ministerien getrennt werden soll. Diese Oberbehörde, die etwas ganz Neues in der Geschichte des modernen Staatswesens auf der ganzen Welt wäre, könnte unabhängig von den Ministerien auch in einer anderen Stadt arbeiten und nur die eigentlichen Ministerialarbeiten erledigen. Die speziellen Arbeiten der Ministerien würden hiervon nicht berührt. Die jetzigen Zwei-Zonenbehörden hätten keinesfalls als Wasserkopf zu gelten. Trotzdem müsse man erwägen, ob nicht in den künftigen Bundesministerien nur lange Sicht nach neuen Grundsätzen geplant werden sollte, da ja die Zwei-Zonenbehörden nur provisorisch geschaffen worden seien. Ende Juni trete der Wirtschaftsrat höchstwahrscheinlich zum letzten Male zusammen. Der 17. Juli konnte nach Ansicht Dr. Pünders zum Wahltag für den Bundestag bestimmt werden. In der zweiten Hälfte des Monats August sei dann mit dem ersten Zusammentreten der Bundesregierung zu rechnen.

Allgem. Ztg. vom 31. Mai 1949

Technische Messe. Die Technische Messe Hannover ist vorbei. Die Aussteller sind von ihrem Verlauf befriedigt. Nach bisherigen Schätzungen sind für rund 90 Mill. DM Exportaufträge und für 60 Mill. Inlandaufträge erteilt worden. 2/3 der Aufträge sind von ausländischen Käufern erteilt worden. Als Hauptkäufer trat Holland für Fahrzeuge, Maschinen und Elektromaterial auf. Es folgen Indien und Ceylon mit großen Aufträgen für den Maschinenbau. - Von den ausländischen Aufträgen fallen über 60 v.H. auf Kraftfahrzeuge und Zubehör, 17 v.H. auf den Maschinenbau und 16 v.H. auf die Elektroindustrie. Bei den Inlandaufträgen führt die Kraftfahrzeugindustrie vor der Elektroindustrie. - Hinsichtlich der Erzeugerländer steht Württemberg-Baden bei den Exportabschlüssen mit 55 v.H. bei weitem an der Spitze.

Die Welt vom 31. Mai 1949

Interzonenhandel. Ein Sprecher der Zweizonenverwaltung für Wirtschaft gab die Gründe bekannt, die zum Scheitern der Interzonenhandelskonferenz führten. Die größte Schwierigkeit bildete die Einigung über die Währungsfrage. Die Vertreter der DWK hatten den westdeutschen Vorschlag, der auf eine Verrechnung in D-Mark über ein Konto bei der Bank deutscher Länder und auf eine Unterhaltung der Lieferungen in "Vorbehalts-güter" mit Genehmigungspflicht und "Übrige Waren" hinauslief, nicht angenommen. Die Verwaltung für Wirtschaft hatte die Gegenvorschläge der DWK auf Errichtung von zwei parallelen Konten mit Parität von Ost- und Westmark ebenfalls abgelehnt.

Stutt. Ztg. vom 31. Mai 1949

Deutsche Auslandsvertretungen. Mit der Ernennung von Dr. von MANGOLD zum ständigen Leiter des deutschen ERP-Büros in Paris ist faktisch die erste deutsche Nachkriegs-Auslandsvertretung geschaffen worden. Wie Dr. Pünder dazu erklärte, habe man Dr. von Mangold, der schon lange im Pariser ERP-Büro arbeitete, mit der Leitung der deutschen Angelegenheit am Sitz der europäischen Marshallplan-Organisation betraut, nachdem die Lösung der deutschen Probleme dort aus alliierten in deutsche Hände übergegangen sei. Künftig wird man bei Bedarf Sachverständige aus der Wirtschaft, der Wissenschaft und den deutschen Verwaltungen nach Paris delegieren.

SAZ vom 1. Juni 1949

Wahlen in Wolfsburg. Bei der Wahl zur Stadtvertretung in Wolfsburg hat die Deutsche Partei die meisten Stimmen erhalten, und zwar von 26 290 gültig abgegebenen Stimmen 12 619. Es folgt die SPD mit 7 800. Die Wahlbeteiligung betrug 70 %. Das Wahlergebnis macht deutlich, daß die Deutsche Partei die Wähler der Rechtspartei angezogen hat.

Allgem. Ztg. vom 31. Mai 1949

Grundgesetz. Dt. katholische Bischöfe üben scharfe Kritik am Grundgesetz. Sie erkennen hierin an, daß zwar einer Reihe von Einzelforderungen in vielfacher Hinsicht entsprochen wurde, es bleibe aber mit einem schweren Makel behaftet, weil das Elternrecht in seiner Anwendung auf die Schulerziehung nicht ausdrücklich anerkannt wurde. Daher kann es nur als eine vorläufige Ordnung betrachtet werden, das einer schnellen Ergänzung bedarf. "Wir werden den Kampf um Gewissensfreiheit und volles Elternrecht aufnehmen".

Die Welt vom 28. Mai 1949

SECRET

No. 24

Presseberichte aus den Westzonen

Unzureichende Versorgung. Der Verband der Körperbeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen für das Land Hessen veranstaltete eine Protestkundgebung. Landesvorsitzender SAUER bezeichnete die Art der Behandlung der in Vot geratenen Beschädigten als besondere Tragik und wandte sich um Hilfeleistung an das Ausland. Er stellte die Frage, wo Humanität und Demokratie liebten, wenn Tausende der Verelendung preisgegeben würden durch ein Körperbeschädigten-Leistungsgesetz, das jeder sozialen Gerechtigkeit Hohn spreche. Für das Gesetz machte er die Lethargie der Alliierten und den mangelnden Mut der deutschen Politiker, sich verantwortungsbewusst einzusetzen, verantwortlich. Bis zur Schaffung eines neuen Gesetzes verlangte der Redner Anpassung der Renten an das veränderte Preis- und Lohngefüge. Der Bundesregierung überlasse es nun überlassen, umgehend ein neues Versorgungsrecht zu schaffen. Arbeitsminister ARNHEIM warnte anschließend vor einem weiteren Aufschub des Leistungsgesetzes, da dann die Flüchtlinge, Vertriebenen und Kriegsbeschädigten zu einer radikalen Politik greifen könnten.

Allgem. Ztg. vom 30. Mai 1949

Deutsche Union. Der Vorstand der Deutschen Union hat in einer Erklärung zu dem Beginn eines "neuen Abschnitts der politischen Entwicklung in Deutschland" Stellung genommen und die Durchführung freier und geheimer Wahlen sowie die Zulassung aller demokratischen Parteien in ganz Deutschland gefordert. Weder der Bonner Bundestag noch der Volksrat der Ostzone erfüllen, so heißt es in der Erklärung, die Hoffnungen des Volkes, das weder von einem Weststaat noch von der östlichen "Volksdemokratie" etwas wissen wolle.

Shdzt. Ztg. vom 28. Mai 1949

Proteste gegen Max Reimanns Verhaftung. Der KPD-Parteivorstand erhob scharfen Protest gegen die Verhaftung R. Die KPD erblickt in diesem "Willkürakt" den Versuch, die "ständig wachsende Bewegung für ein einiges und unabhängiges Deutschland" zu schwächen und die KPD im kommenden Wahlkampf zu behindern. Die Einkerkierung R. ist nach Ansicht der KPD unter Bruch seiner parlamentarischen Immunität erfolgt, da der Parlamentarische Rat noch nicht aufgelöst worden sei.

SAZ vom 31. Mai 1949

Senkung des Diskontsatzes um 0,5 v.H. Der Zentralbankrat der Bank deutscher Länder beschloß, die Diskontsätze mit Wirkung vom 27. Mai um 1/2 v.H. herabzusetzen. Zur weiteren Lockerung auf dem Gebiet der kurzfristigen Kredite werden die Mindestreserven, die die Geldinstitute bei den Landeszentralbanken zu unterhalten haben, soweit sie sich nach den Sichteinlagen der Kundschaft berechnen, gesenkt, und zwar für Geldinstitute an Bankplätzen von 15 v.H. auf 12 v.H. und für Geldinstitute an Nichtbankplätzen von 10 v.H. auf 9 v.H. Außerdem sind die sogenannten Anlagekonten gelten als Sichteinlagen. Diese Beschlüsse treten am 1. Juni 1949 in Kraft.

Die Zeit vom 28. Mai 1949

Auf einer Großkundgebung der CDU in Stuttgart hat sich Dr. ADENAUER u.a. gegen die wieder aufgenommenen Demontagen gewandt. Die von den Reparationslisten abgesetzten Werke stellten kapazitätsmäßig nur etwa 10 % des Gesamtwertes dar. Eine Steigerung des für Westdeutschland notwendigen Exports sei unmöglich, wenn die neuangeordnete unsinnige Demontage ausgeführt würde. Das neuerrichtete Sicherheitsamt für die Westzonen, das den Frieden garantieren solle und in Nordrhein-Westfalen bereits tätig sei, scheine sich zu einer Konkurrenz-Spionage übelster Sorte zu entwickeln. Die neue Bundesregierung werde sich gegen diese Industrie-Spionage, die ausdrücklich der Konkurrenz-Angebot entspreche, wehren müssen.

Allgem. Ztg. v. 30. Mai 1949

Der Landesvorsitzende der württembergisch-badischen DVP, Dr. HAUSEMANN, forderte die alsbaldige Selbstauflösung und Neuwahl des Landtages. Dieser sei einer Auflösung durch Volksbegehren und Volksabstimmung vorzuziehen. Der gegenwärtige unklare Zustand sei des Landtages unwürdig und würde auch von einzelnen Beamten-Abgeordneten so empfunden und bezeichnet. Dr. Reinhold MATER hatte zur Frage der weiteren aktiven politischen Mitwirkung der Beamten-Abgeordneten im Landtag die Landtagsauflösung als Utopie bezeichnet, während Landtagspräsident Wilhelm KWIIL die Möglichkeit in Frage stellte.

SAZ vom 31. Mai 1949

No. 25

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 1. Juni 1949

REUTER erklärte gestern, er werde trotz der ablehnenden Haltung auch weiterhin bereit sein, zwischen den Streikenden und der Eisenbahnverwaltung zu vermitteln. Er äußerte sich optimistisch über eine baldige Beendigung des Eisenbahnstreiks.

Wie die UGO mitteilte, werden die streikenden Eisenbahner morgen eine Urabstimmung über das Angebot der Reichsbahndirektion vornehmen, sechzig Prozent der Bezüge in Westmark ausbezahlen. Die ursprüngliche Absicht der UGO, den Interzonenverkehr auch ohne die Zustimmung der Reichsbahn wieder in Gang zu bringen, wurde vorläufig zurückgestellt. Die westlichen Militärregierungen haben einen besonderen Ausschuss für die Währungskontrolle in den Westsektoren eingesetzt. Der Kontrollausschuss hat seine Arbeit bereits aufgenommen. Wohnungsinhaber haben von jetzt an ihre Mieten an Hausbesitzer, die im Ostsektor oder in der Ostzone wohnen, auf ein in den Westsektoren eröffnetes Bankkonto zu überweisen.

Der württembergisch-badische Kultusminister Dr. Beyerle erklärte auf der Schlußsitzung des Kongresses für bessere menschliche Beziehungen in München, die Besatzungsmächte hätten eine Reihe von Fehlern begangen, welche die demokratische Erziehung des deutschen Volkes verzögerten. In Namen des deutschen Volkes seien in In- und Ausland große Verbrechen begangen worden. Es sei die Schuld der Deutschen, daß sie diesen Verbrechen nicht entschieden genug entgegen getreten seien. Die als Sühne dem deutschen Volk auferlegte Methode der Entnazifizierung sei aber nicht nur falsch, sondern sogar ein nationales Unglück. Die Entnazifizierung sei ein mißglückter Versuch, dem deutschen Volk klarzumachen, was Gerechtigkeit sei.

In Württemberg-Baden ist als dem ersten Land in der amerikanischen Zone das Lizenzierungssystem der Mil.Kog. für Druckerzeugnisse aufgehoben worden. Es ist nun jeder Person erlaubt, Zeitungen, Bücher und Broschüren zu veröffentlichen. Den Verlegern ist jedoch auch weiterhin die Propagierung nationalsozialistischer Ideen und die Veröffentlichung von Druckmitteln untersagt, die Feindseligkeiten und Mißtrauen hervorrufen oder die militärische Sicherheit der Besatzungsmacht gefährden können.

Franz BLÜCHER hat an Dr. Pünder ein Telegramm gesandt, in dem er ihn bittet, sich dafür einzusetzen, daß die Celsenberg-Benzin AG und die Fa. Scholven, die beide Fabriken zur Herstellung von synthetischem Benzin sind, nicht abgebaut werden. Er empfahl Dr. Pünder, sein Telegramm an die zuständige britische Stelle weiterzuleiten. In Südwürttemberg-Pfaffenweiler ist das Notopfer Berlin aufgehoben worden.

Die Außenminister setzten heute ihre Beratungen fort. Mittags trafen sich die drei westl. Außenminister zu einer Privatunterredung. Es wurde beschlossen vorzuschlagen, die nächsten Beratungen geheim zu führen. Besonders Bevin setzte sich dafür ein, weitere Tagungen ohne Teilnahme der Öffentlichkeit stattfinden zu lassen. Auch gestern hatte Tjchinski erklärt, er könne sich nicht dem westlichen Standpunkt über die politische Einheit Deutschlands anschließen. Man beschloß daher, zum zweiten Punkt der Tagesordnung, dem Berliner Problem und der Währungsfrage, überzugehen. Pol. Kreise sind überzeugt, daß eine wirtschaftliche Einigung des Maximum wäre, das erreicht werden könne.

Sender Stuttgart vom 2. Juni 1949

Die Kohlenförderung im Ruhrgebiet hat einen neuen Höchststand erreicht, und zwar wurden im Mai durchschnittlich 335 000 t täglich gefördert. Damit hat sich der Tagesdurchschnitt um 6 1/2 tausend Tonnen erhöht. Walter FISCH erklärte dieser Tage: Wir werden jeden zur Rechenschaft ziehen, der sich am Aufbau eines westdeutschen Kolonialstaates mitschuldig macht. Reimann sei nur verhaftet worden, damit die Wahrheit mundtot gemacht werde.

SECRET

SECRET

No. 24

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 31. Mai 1949

Wyschinski hat heute die Vorschläge der Westmächte für die politische und wirtschaftliche Zukunft Ostdeutschlands erneut abgelehnt. Er sagte, das Besatzungsstatut sei zeitlich nicht befristet. In dem Statut sei vorgesehen, daß in Deutschland eine lange Besatzung verbleibe. Weiter erklärte er, die Einheit Deutschlands könne nicht nach dem Muster des Grundgesetzes hergestellt werden. Er verlangte ferner, daß eine Delegation des sogenannten Volksrats ihre Ansichten über Deutschland vorbringen könne. Diese Forderung wurde von den drei Westmächten energisch zurückgewiesen. Schluß erklärte, er glaube auf keinen Fall, daß die 2000 Delegierten des deutschen Volkskongresses in irgend einer Weise das deutsche Volk oder auch nur die Bevölkerung der Ostzone repräsentierten. Der Volkskongress sei eine russische "Larionetten-Organisation", die nicht wisse, irgend etwas zu sagen, was nicht von der SU vorher genehmigt sei.

Die sowjetisch kontrollierte Eisenbahndirektion Berlin hat angeordnet, daß vom 1. Juni an Fahrkarten für die Westberliner S-Bahnstrecken nur gegen Westmark verkauft werden. Kreikemeyer leit die Verhandlungen mit Oberbürgermeister Zentner über den Streik abge sagt. Das Vermittlungsangebot lautete sei schon deshalb gegenstandslos, weil die Eisenbahndirektion mehrfach vergeblich den Berliner Magistrat ersucht habe, den in der Westsektoren Berlins wohnenden Eisenbahnern 60 % der Lohnzahlungen in Westmark anzutauschen.

Der württemberg-badische Landtag beschäftigte sich mit der Frage der Zugehörigkeit von Beamten zum Parlament. Präsident KEIL teilte mit, daß für das Land Württemberg-Baden ein neuer Gesetzentwurf ausgearbeitet werden müsse. Dr. BAYERLE gab eine Regierungserklärung ab, in der es heißt, den Gesetzen zufolge würden sich die Beamten-Abgeordneten lediglich aus Gründen der Disziplin zu entscheiden haben, ob sie ihr Amt oder ihr Abgeordneten-Mandat beibehalten wollten. Für diese Entscheidung müsse ihnen eine angemessene Zeit gelassen werden. Daher könne ein automatisches Erlöschen der Mitgliedschaft eines Beamten nicht bejaht werden. Dazu komme, daß der unstrittene Artikel des Landesbeamten-Gesetzes mit der Landesverfassung nicht vereinbar sei und im Widerspruch zu anderen Verfassungsartikeln stehe. Der Entwurf des Innenministeriums für das neue Landes-Wahlgesetz sehe eine Beschränkung der Wahlbarkeit der Beamten vor. Die Regierung wolle aber mit der Regelung der Angelegenheit warten, bis der genaue Inhalt des Bundeswahlgesetzes feststehe. Der Sprecher der CDU, WIEDEMAYER, sagte, daß ein Gesetz die Dinge regeln müsse. Die SPD lehnte durch Leibbrand die Regierung ab. Dr. KESSELER, DVP, betonte, daß mit der Regierungserklärung die Frage noch nicht gelöst werde. Die Min. Couv. der amerikanischen und der britischen Zone besprachen heute mit den Min. Prä. der Doppelzone die alliierten Abänderungswünsche zum Wahlgesetz. Die Min. Prä. KOPF anschließend mitteilte, wurde in der Unterredung klargestellt, daß die Min. Prä. lediglich für die Festsetzung des Wahlalters, die Einberufung des Bundestages und die Bestellung eines Wahlkommissars zuständig sind. Eine Abänderung des Wahlgesetzes, wie sie vor allem für das Wahlsystem, die Zahl der Abgeordneten und die Verteilung der Kandidaten auf die einzelnen Länder gefordert wird, ist eine Angelegenheit des Parl. Rates.

STOCK erklärte, die Min. Prä. würden sich voraussichtlich nicht mit der von den Alliierten bewiesenen Forderung der Bestimmung über Wahlscheine einverstanden erklären. Die Gouverneure hätten gefordert, die Ausgabe der Wahlscheine nur auf Angehörige der Seemannschaft zu beschränken. Die Verwirklichung dieser Bestimmung würde den Prozentsatz der Wahlteilnahme erheblich herabsetzen, da dann nicht nur zahlreiche Geschäftsleute von der Wahl ausgeschlossen wären, sondern auch viele Urlaubreisende, die gerade im Sommer besonders zahlreich seien. Im übrigen sei es wegen der Dringlichkeit gut, daß die Min. Prä. schon über Abänderungen am Wahlgesetz zu beschließen hätten. Die Tatsache, daß 11 Landtage sich dann erst allmählich mit der Materie befassen müßten, würde die Wahl zum 1. Bundestag um Monate verzögern.

SECRET

SECRET

31/5/49

No. 23

Auszüge aus Radiofunkberichten

=====

Sender Stuttgart vom 27. Mai 1949

Die Außenmin. werden voraussichtlich Wyschinski heute anfordern, seine Pläne für ein einheitliches Deutschland genau zu definieren. W. bestand auch gestern auf Wiedererrichtung des Kontrollrates. Im Verlauf der Sitzung entwarf er ein Bild über die Entwicklung in der Ostzone. Er sagte u.a., daß der Lebensstandard in der Ostzone besser sei als der in der Westzone. Seine Darlegungen wurden jedoch von den Westmächten mit Skepsis aufgenommen. - Bisher haben die Westmächte die sowjetischen Forderungen noch nicht eindeutig abgelehnt. Sie ließen jedoch durchblicken, daß auch sie einige Bedingungen stellen werden.

Der Güterverkehr zwischen den Westzonen und Berlin ist eingestellt worden. 35 Züge liegen auf der Strecke fest. Seit Dienstag sind nur 7 Züge in Berlin eingetroffen. Anlässlich der Mitgliederversammlung der Deutsch-Belgisch-Luxemburgischen Handelskammer gab Dr. PÜNDER einen Rechenschaftsbericht über die westdeutsche Wirtschaftspolitik. Unter Bezugnahme auf die steigende Kohlenförderung erklärte er, bei Erreichen von 360 000 t tägl. werde die Bewirtschaftung von Kohle wesentlich gelockert oder aufgehoben werden. - Durch eine sinnvolle Zusammenfassung aller möglichen Finanzierungsquellen hoffe man, im Laufe des Etatsjahrs 49/50 für Investitionszwecke 7,5 Mrd. DM flüssig machen zu können. - Auch die demnächst von der Kreditanstalt für Wiederaufbau herankommende steuerbegünstigte Anleihe werde Kapital für die wichtigsten Investitionsvorhaben, wie Wohnungsbau, Bergbau, Energiewirtschaft sammeln, wobei die verschiedenen Bedarfsträger nach der Dringlichkeit der Kapitalinvestitionsvorhaben berücksichtigt würden. - Zur Frage des kontinuierlichen Absatzes der deutschen Produktion nach Befriedigung des Nachholbedarfes erklärte Dr. Pünder, nur eine außerordentliche Steigerung der deutschen Exporte könne auf die Dauer eine Absatzkrise verhindern. Der Anteil der Rohstoffe am westdeutschen Export sei noch immer zu hoch. Leider gingen noch 22,5 % der gesamten westdeutschen Kohle ins Ausland, wo die Kohle zu einem Weltmarktpreis verkauft werden müsse. Diese Tatsache stehe einer Ausweitung der Produktion, dem Ausbau der Industrieanlagen und einem Wohnungsbau in größerem Stil im Wege.

August HAUSSELEITER fordert freie und geheime Wahlen in allen deutschen Ländern unter Kontrolle der UN. Er setzt sich für die Wiederherstellung der Grenzen von 1937 ein. Die Grundsätze der Atlantik-Charta müssen für die ganze Menschheit gelten; sie für einzelne Völker außer Kraft zu setzen, gefährdet die Demokratie. Das Schicksal der deutschen Ost-Weißer-Grenze muß von seinen ehemaligen Bewohnern entschieden werden. Ein gerechter Friede ist Voraussetzung für die demokratische Weiterentwicklung in Europa.

Sender Stuttgart vom 28. Mai 1949

Die Besprechungen zwischen Vertretern des Frkf. Wirtschaftsrates und der DNK zwecks Wiederaufnahme des Interzonenhandels sind auf unbestimmte Zeit vertagt worden, da es den Frankfurterern an Unterlagen fehlte. Die ostzonalen Vertreter haben sich bereit erklärt, die Besprechungen jederzeit wieder aufzunehmen. Die Landesversammlung der CDU in Strassburg hat heute an Stelle von Justizmin. Dr. Müller mit 296 gegen 151 Stimmen den Min. Präs. Dr. EHARD zum Landesvorsitzenden gewählt. EHARD sagte, er trüge ein großes persönliches Opfer, wenn er das Amt des Min. Präs. mit dem des Landesvorsitzenden verbinde. Das Bism könne nur in einer Stärkung der Partei und ihrer Haltung als politisches Instrument liegen. Die Aufgabe sei unlösbar, wenn nicht endlich mit dem persönlichen Gegenstand in der Partei aufhört werde. Keine Nichtschour in der Politik sei und bleibe. Nicht Bayern von Deutschland, sondern Bayern in Deutschland und Deutschland nicht ohne Bayern. Das neue Soforthilfengesetz soll sobald wie möglich in Kraft treten. Man hoffe, dafür keinen großen Verwaltungsapparat zu benötigen. Die Soforthilfe ist in erster Linie für Flüchtlinge, Vertriebte und Vermögensgeschädigte vorgesehen.

SECRET

SECRET

25X1A

5/6/49

No. 26 Presseberichte aus den Westzonen

Neues Wirtschaftsprogramm. Der wirtschaftspolitische Ausschuss der CDU hat ein neues Siebzehn-Punkte-Wirtschaftsprogramm vorgelegt, das im wesentlichen folgende Thesen enthält: Schaffung einer Zentralaufsicht für die Währung; keine Subventionspolitik; kein Preisamt; Erhöhung des Realeinkommens nur durch Preissenkung, da sonst eine internationale Wettbewerbsfähigkeit unmöglich ist; kein Zwangssparen, sondern Steuervergünstigungen zum Zwecke der Kapitalbildung; Steuerreform, verbunden mit größerer Sparsamkeit der öffentlichen Hand; und Neubau der deutschen Handelsflotte, da bisher rund 200 Millionen Dollar jährlich für die Benutzung fremder Schiffe ausgegeben worden sind.

Prof. ERHARD erklärte in einer Rede, das Prinzip der Wirtschaft sei dynamisch, während die Geschichte bewiesen habe, daß alle Versuche, die Wirtschaft durch Zwang in die Statik zu drängen, fehlschlagen müßten. Erhard warf den Kritikern vor, sie hätten als einzigen Ausweg aus den Schwierigkeiten immer nur die Vorteile der Planwirtschaft zu nennen gewußt, die bereits gründlich versagt habe. Kein Mensch könne erwarten, daß nach einem fünfjährigen Zwangszustand in drei bis vier Jahren alle Schäden geheilt sein sollten.

Verschiedene Krisensymptome der gegenwärtigen Lage könnten, so schwerwiegend sie im einzelnen auch seien, durchaus als positiv für die kommende Entwicklung bewertet werden. So sei der gegenwärtige Kreditmangel durchaus ein Zeichen der Konsolidierung, denn er zeige, daß das Geld für echtes und gesundes Geld wieder im Wachsen und daß dieses Geld auch tatsächlich gut sei. "Es fällt mir nicht schwer, in acht Tagen alle Arbeitslosen von der Straße zu bringen. Aber der Preis dafür wären neue inflationistische Tendenzen. Damit würde wiederum eine wirtschaftliche Schwächung eintreten, die Preise würden anziehen und das Realeinkommen sinken".

Erhard lehnte die liberalistische Zyklustheorie, die einen periodischen Auf- und Abstieg der Wirtschaft in einem sieben- bis neunjährigen Zeitraum annimmt, ab. Um die Kapitalnot der deutschen Wirtschaft zu beheben, seien jährlich sieben bis acht Milliarden Mark an Investitionen erforderlich. Zur Zeit würden Mittel bereit gestellt, und zwar aus dem "Counter-Part-Fonds" sowie durch Anleihen wie jetzt zum Beispiel durch die Reichsbahnanleihe.

Allgem. Ztg. v. 1. Juni 1949

Deutsche Union. Vier Mitglieder der DU, und zwar Schlomm, Woschesch, Mathy und Seleng, wurden mit sofortiger Wirkung vom Vorstand der DU ausgeschlossen. Es wird ihnen vorgeworfen, mit Vertretern der PDJ und des PDGB an der Gründung der Aktionsgemeinschaft für ein einheitliches Deutschland mitgewirkt zu haben. Damit machte die DU einen Beschluß wahr, der jedem Mitglied Verhandlungen mit offiziellen Ostzonenorganisationen verbietet.

Die Neue Ztg. vom 31. Mai 1949

Zur Erforschung des Nationalsozialismus. Kürzlich wurde in München eine Kuratoriumssitzung des "Deutschen Institut zur Erforschung des Nationalsozialismus" abgehalten. Das Institut hat als Ziel, die Öffentlichkeit über die Vorgeschichte und die Geschichte des Nationalsozialismus zu informieren und Vorbereitungen für eine wissenschaftliche Darstellung dieser Zeit zu treffen. Es ist eine Stiftung der Ministerpräsidenten der Länder der amerik. Bes. Zone und soll von den Ländern des Bundes getragen werden.

Allgem. Ztg. vom 1. Juni 1949

Die Gründung einer neuen Partei ist in Heidelberg beschlossen worden, in der ohne parteipolitische Bindung alle Flieger- und Völkerverfechter, ausgewiesenen und Flüchtlinge sowie alle Kriegsbeschädigten zusammengefaßt werden sollen.

Allgem. Ztg. vom 31. Mai 1949

Die Deutsche Zentrumspartei hat jetzt ihre Tätigkeit auch in Rheinland-Pfalz aufgenommen.

SAZ vom 31. Mai 1949

SECRET

SECRET

31/5/49

No. 105

Auszüge aus Kundfunkberichten

=====

Sender Leipzig vom 27. Mai 1949

Berlin: Gegen die Terrormaßnahmen der UGO wird in Protestkundgebungen Stellung genommen. So sendeten die Eisenbahner von Leipzig, Zwickau, Dresden usw. Telegramme, in denen sie ihrer Empörung Ausdruck geben, daß das Volkseigentum aufwillig zerstört worden ist. Die heutige vierte Sitzung wurde nach vierstündiger Dauer beendet. Den Vorsitz führte Außenmin. Acheson. Auf der Tagesordnung stand wiederum die wirtschaftl. und pol. Einheit Deutschlands, zu der W. eingehende Vorschläge gemacht hatte.

Korrespondenten einiger Berliner Zeitungen haben auf die von ihnen rechtzeitig gestellten Einreiseanträge zwecks Teilnahme an der Außenministerkonferenz noch keine Antwort erhalten. Es hat den Anschein, als ob die französische Regierung stillschweigend über die Anträge hinweggehen will, um dadurch der Pflicht enthoben zu sein, die Ablehnung begründen zu müssen. In Kreisen der Journalisten wird die Auffassung vertreten, daß einige Mächte nicht an einer objektiven Berichterstattung interessiert sind.

Zur gegenwärtigen politischen Situation nahm PESCHKE auf der Zonenfunktionärkonferenz der IG Metall Stellung. Er sagte, die Vorschläge Wyschinskis haben klar erkennen lassen, daß die SU bereit sei, alles zu tun, um die Einheit Deutschlands wieder herzustellen. Die 600 Delegierten richteten an alle Metallarbeiter die Aufforderung, die Einheit Deutschlands zum obersten Gesetz ihres Handelns zu machen. - Wyschinski habe in seinen Forderungen über die Wiedernerstellung des Viermächtekontrollrates nichts vorgeschlagen, was unannehmbar sei. Es solle daher nicht schwer fallen, zu den alten Beschlüssen von Potsdam zurückzugehen. Wären wir Deutschen in Paris vertreten, würden wir nichts anderes fordern, als was er vorgeschlagen habe.

Sender Leipzig vom 28. Mai 1949

Berlin: Der Dritte Deutsche Volkskongreß wird morgen zu seiner ersten Tagung zusammentreten. Die Vorbereitungen dafür sind abgeschlossen. Unter den auswärtigen Delegierten befinden sich zahlreiche Teilnehmer aus Westdeutschland. Zum Thema Deutschland und die Außenministerkonferenz werden u.a. Pieck, Wuschke usw. Stellung nehmen. Auf der Tagesordnung steht ferner die Wahl einer Delegation, die Deutschland in Paris vertreten soll.

In der Zeitschrift "Deutschlands Stimme" wird die Bildung einer gesamtdeutschen Nationalen Front als die wichtigste Aufgabe des Volkskongresses bezeichnet. Ferner wird der Abschluß des Friedensvertrages, Abzug der Besatzungstruppen usw. gefordert, weil das die Voraussetzungen für eine friedliche Entwicklung in Deutschland ist. - In zahlreichen Städten Westdeutschlands sind auf Volksversammlungen

Entscheidungen angenommen worden, in denen die Ziele des Volkskongresses begrüßt wurden.

Die Tägliche Rundschau schreibt heute, die ersten Tage in Paris haben ergeben, daß es nur die SU ist, die bisher positive Vorschläge hervorgebracht hat. Die Westmächte begnügten sich damit, das Wort "Einheit Deutschlands" ständig zu wiederholen, ohne einen konstruktiven Vorschlag zu machen. Ihre Gegenargumente wären so dürftig, daß sie nur die Richtigkeit der Vorschläge der SU bestätigten. - Prof. BUDZISLAWSKI erklärte, das deutsche Volk könne den Vorschlägen Wyschinskis zustimmen, denn sie entsprächen seinen Interessen.

Die KPD von Rheinland-Pfalz sandte an den Volkskongreß eine Erklärung, in der es heißt, daß sich alle aufrechten Deutschen zur Nationalen Front sowie für Deutschlands Einheit und Frieden bekennen. Während sich westdeutsche Politiker zur Zerreißung Deutschlands hergegeben haben, erhebt der Deutsche Volkskongreß seine Stimme zur Entsendung einer deutschen Delegation nach Paris.

Sender Leipzig vom 29. Mai 1949

Heute wurde der Dritte dt. Volkskongreß eröffnet. PIECK erklärte, Aufgabe des 3. Volkskongresses sei es, neue Mittel und Wege zu finden, um das Unglück der Spaltung Deutschlands zu verhindern. Die breite Kampflinie der "Nationalen Front" müsse auch auf Westdeutschland ausgedehnt werden.

No. 146

Auszüge aus Presseberichten

Verfassung der Ostzone. Die vom Dritten Volkskongreß der Ostzone angenommene Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik besteht aus einer Präambel und drei Abschnitten mit insgesamt 144 Artikeln. Die Verfassung besagt, daß Deutschland eine unteilbare demokratische Republik ist, die sich auf den deutschen Ländern aufbaut. Ihre Hauptstadt ist Berlin. Ihre Farben sind Schwarz-Rot-Gold.

Der zum Unterschied vom Bonner Grundgesetz stärker ausgeprägte zentralistische Charakter kommt dort zum Ausdruck, wo es heißt, daß alle wesentlichen Angelegenheiten von der Republik, alle anderen von den Ländern beschlossen werden. Die vom Volk ausgehende Staatsgewalt hat ihr höchstes Organ in der Volkskammer, die aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen hervorgeht. Die Verfassung kennt keine Dreiteilung der Verfassungsgewalten in die Gesetzgebung, Exekutive und Rechtsprechung. Der Volkskammer zur Seite steht die Länderkammer. Beide Kammern wählen gemeinschaftlich den Präsidenten der Republik aus der stärksten Fraktion der Volkskammer. Der Präsident ist zugleich Regierungschef und amtiert vier Jahre.

In der Verfassung ist die in der Ostzone vorgenommene Enteignung von Kriegsverbrechern und nationalsozialistischen Aktivisten, die Verstaatlichung von Monopolen und Kartellen, die Sozialisierung der Bodenschätze und die Bodenreform verankert. Die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik verlieren das aktive und passive Wahlrecht, wenn sie Propaganda gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze gegen demokratische Politiker und Kriegshetze oder militaristische Propaganda betreiben. Im Übrigen werden in der Verfassung die persönliche Freiheit, die Unverletzlichkeit der Wohnung und das Recht der freien Meinungsäußerung garantiert. Allerdings wird darauf hingewiesen, daß alle diese Rechte durch die geltenden Gesetze eingeschränkt werden können.

Das Sekretariat des Deutschen Volksrats in Berlin hat an die Pariser Außenministerkonferenz ein Telegramm gerichtet, in dem um Bekanntgabe des Termins zum Empfang einer Volkskongreßdelegation durch den Außenministerrat gebeten wird. Gleichzeitig wurden alle vier Besatzungsmächte Deutschlands um Erteilung der Ausreisegenehmigung für die Delegationsmitglieder gebeten.

Zu der Volksratssitzung in der Berliner Staatsoper erklärte ein Sprecher der SED, die Proklamation der Deutschen Demokratischen Republik durch den Vorsitzenden des Volksrats Pieck werde vorerst keine konkreten Maßnahmen, wie Wahlen oder eine Regierungsbildung nach sich ziehen. "Alle politischen Maßnahmen dieser Art werden zurückgestellt, bis in Paris eine Klärung erfolgt. Es wird nichts geschehen, was eine Verständigung behindern könnte." In der Staatsoper seien lediglich die Grundsätze für die Bildung einer Deutschen Demokratischen Republik proklamiert worden, die bei entsprechenden Ergebnissen der Pariser Außenministerkonferenz konkret angewendet werden sollten.

Allgem. Ztg. vom 1. Juni 1949

Ostzonen-LDP. "Die LDP verlangt die restlose und sofortige Behebung der bei der Stimmauswertung der Volkskongreßwahlen festgestellten Unregelmäßigkeiten und die Strafverfolgung ihrer Urheber", heißt es in einer Resolution der Ostzonen-LDP. Nach einer längeren Besprechung verantwortlicher Parteifunktionäre bei der SMA in Dresden über diese Fragen erklärte der sächsische Justizmin. Dieckmann, die Resolution dürfe auf Befehl der SMA nicht angenommen werden. Die Mehrzahl der Mitglieder des Landesvorstandes der Partei stellte daraufhin fest, es habe keinen Zweck, die Blockpolitik fortzusetzen, und schlug eine Auflösung der LDP vor.

Die Neue Ztg. vom 31. Mai 1949

Großberliner Finanzverwaltung unter neuer Leitung. Der neue Leiter der Finanzabt. des Groß-Berliner Magistrats, Martin SCHMIDT, erklärte anlässlich seiner Amtseinführung, daß die Eingliederung Berlins in den Volkswirtschaftsplan der Zone auch eine Änderung der Methoden und Arbeitsziele der Finanzabt. erfordere. Mit dem kommunal-egoistischen Denken der Vergangenheit müsse gebrochen werden. Er kündigte an, daß der Abschluß für das Haushaltsjahr 1948/49 bis spätestens zum 31. Juli fertiggestellt sein würde und gleich dem Zonenhaushalt einen Überblick über das neue Deutschland vom 15. Mai 1949

No. 145

Auszüge aus Presseberichten

Bildungs-Kollektive. In der Ostzone sind Bildungs-Kollektive entstanden, aus denen Arbeiter und Bauern in das Universitätsstudium gelangen sollen. In den Bildungskollektiven, die vor allen in Sachsen-Anhalt eröffnet worden sind, sollen die Bewerber für das Arbeiter- und Bauerstudium ein halbes Jahr wöchentlich acht bis zehn Stunden in Deutsch, Mathematik, Naturwissenschaften und Gegenwartskunde als Vorbereitung auf das Studium unterrichtet werden. Maßgebender Träger dieser Arbeit ist der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund. Neue Volks-Ztg. vom 27. Mai 1949

Volkskongreß. Auf dem dritten Volkskongreß hat Volksratspräsident NUSCHKE einen nationalen Staat gefordert und erklärt, es sei eine Zumutung, daß die westmächte den Anschluß der Ostzonenländer an die Bundesrepublik Deutschland unter der Bonner Verfassung vorgeschlagen hätten. Die Nationale Front, die seit kurzem in der Ostzone propagiert werde, sei keine neue Firma, sie sei vielmehr die Zusammenfassung aller verantwortlichen Deutschen. Nuschke richtete ferner einen Appell an die amerikanische Regierung, in dem er die Abberufung des amerik. Stadtkommandanten in Berlin forderte. Howley stelle eine ständige Bedrohung des Friedens dar. Er habe einen Kriegsfall provozieren wollen, der nur durch die Friedensbereitschaft der SU verhindert worden sei.

Professor KASTNER erklärte, die Ostzone lebe schlechter als die Westzone, sie habe aber auch keine skrupellosen Schulden gemacht. Die "Nein"-Stimmen bei der Volkskongreßwahl seien Ausdruck der Empörung darüber, daß Deutschland vier Jahre nach Kriegsende noch keinen Frieden habe.

Am 2. Tag des Kongresses wurde gegen eine Stimme eine "Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik" angenommen. Der Volkskongreß wählte ferner eine 22-köpfige Delegation, die nach Paris zur Konferenz der Außenminister entsandt werden soll. Unter den Mitgliedern der Delegation befindet sich auch der kürzlich verhaftete Vorsitzende der westdeutschen Kommunisten Reimann.

Der Kongreß beschloß dann eine Denkschrift, die dem Außenministerrat vorgelegt werden soll. Die Außenminister werden darin aufgefordert, einen Friedensvertrag für Deutschland auf der Basis der Abkommen von Jalta und Potsdam zu unterwerfen. Die Einheit ganz Deutschlands in Verwaltung und Wirtschaft soll hergestellt und eine einheitliche Währung eingeführt werden. Alle wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Einschränkungen zwischen Westdeutschland und der Ostzone sollen aufgehoben werden. Der Außenministerrat soll ferner die Bildung einer vorläufigen deutschen Zentralregierung aus Vertretern aller demokratischen Parteien und Organisationen einmündig genehmigen und eine Friedenskonferenz einberufen, an der auch eine vorläufige deutsche demokratische Regierung teilnehmen soll.

Allgem. Ztg. vom 31. Mai 1949

Taktischer Rückzug. Major PATENT von der SMA erklärte dieser Tage in Berlin, das kommunistische Ziel sei unveränderlich die Weltrevolution. Lediglich die taktischen Mittel zur Errichtung der Weltrevolution würden gewechselt. Zur bolschewistischen Taktik gehöre auch manchmal der organisierte Rückzug. Die Bolschewisten griffen auf diese Taktik in Zeiten des Niederganges der revolutionären Möglichkeiten zurück. "Nach diesem gleichen Rezept muß jetzt auch in Deutschland gehandelt werden, um die in der deutschen Bourgeoisie herrschendes für den entscheidenden Schlag günstigen Augenblicks ist von ausschlaggebender Bedeutung. Deshalb müssen die Kommunisten Geduld haben, denn ein Rückzug bedeutet nicht eine Niederlage, sondern aktive Verteidigung."

Allgem. Ztg. v. 1. Juni 1949

Die volkseigenen Metallwerke Tambach bei Gotha haben die erste Maschine zur Verglasung von Glühlampensockeln fertiggestellt. Die sogen. Glasvitrierung der Glühlampensockel wurde bisher nur in Westdeutschland betrieben. Vom 1. Mai an sollen in den Tambacher Metallwerken mtl. 200 000 Sockel hergestellt werden. Der Bau weiterer Maschinen wird vorbereitet.

Wirtschaftsrev. vom 27. Mai 1949

SECRET

No. 144

Auszüge aus Presseberichten

Spinnstoff-Erzeugung. Der Berliner Spinnstoffwirtschaft wurden durch die Blockadeaufhebung die Tore zum Westen wieder geöffnet. Mit der Spinnstoffwirtschaft Berlins verbindet sich die Vorstellung einer Bekleidungsindustrie von hohem Rang, während die Vorstufen nur schwach vertreten sind. Diese Bekleidungsindustrie hat durch Krieg und Blockade empfindlich gelitten. In Berlin dienten vor dem Krieg noch über 100 000 Männer und Frauen allein der Bekleidungsindustrie. Die Damenoberbekleidungsindustrie der Hauptstadt umfaßt 80 bis 90 % der deutschen Kapazität. Dazu gesellen sich die Herrenoberbekleidung, die Wäsche-, Wälder- und Krawattenindustrie, die Zubehörszweige der verschiedensten Art usw. - Die Berliner Konfektion bestritt in den letzten Vorkriegsjahren rund 40 % des Umsatzes der deutschen Bekleidungsindustrie. Ihr Hauptteil liegt im Ostsektor. Die Ostzone umfaßt darüber hinaus wichtigste Schwerpunkte der deutschen Textilindustrie. Bisher entbehrte die westdeutsche Spinnstoffwirtschaft vor allem die Lieferungen der sächsischen Textilmaschinenindustrie. In Westdeutschland fehlt bis auf bescheidene Anfänge die Industrie der feinen Damenstrümpfe Chemnitzer Art, eine ausreichende Kammerardinindustrie, fast die gesamte Fabrikation von Stoffhandschuhen und die Stickerei-, Spitzen- und Cardinen-Industrie, wie sie im Vogtland beheimatet ist. Die Westzonen brauchen einen erheblichen Zuschuß an Apoldaer Strick- und Strickwaren und an Greiz-Caraer Tuch- und Kleiderstoffen. Dagegen hat der Osten eine unzureichende Kunstseidenindustrie, vor allem fast keine Kupferkautschuk-, eine im Gegensatz zur Kammerardinspinnstausrüstung viel zu geringfügige Wäscherei- und Kammerreizkapazität, eine bescheidene Seidenwebereiindustrie, einen Mangel an Leinen- und Halbleinen-Werereien, einen empfindlichen an Stoffdruckereien und schließlich einen Engpaß in Chemikalien. Auch dies sind nur hervorsteckende Beispiele; sie genügen jedoch, um die störenden, wenn nicht verhängnisvollen Wirkungen dieses Zonenwirrwirrs zu beleuchten, der keinen Ausgleich zwischen Mangel und Überfluß oder guter Ausstattung zuläßt.

Allgem. Ztg. vom 27. Mai 1949

Binnen 2 Monaten sollen auf Anordnung der DWA alle industriellen Erzeugnisse der SBZ so gekennzeichnet werden, daß der Hersteller einwandfrei festgestellt werden kann. Die Kennzeichnung gilt als eindeutig, wenn sie die Firmenkurzbezeichnung, ein eingetragenes Warenzeichen oder eine eingetragene Handelsnummer enthält. Die Herkunft von Waren aus volkseigenen Betrieben muß aus der Kennzeichnung hervorgehen. Die beim Groß- und Einzelhandel nachweisbar aus früheren Lieferungen vorhandenen Warenbestände können auch nach der Frist ohne Kennzeichen in den Verkehr gebracht werden. Ferner haben alle Hersteller und Verteiler industrieller Erzeugnisse in ihren Büchern, Rechnungen, Belegpapieren usw. die sechsstelligen Nummern der Erzeugnisse gemäß dem allgemeinen Warenverzeichnis anzugeben.

Wirtschaftsrev. vom 27. Mai 1949

Die volkseigenen Chemischen Werke in Bad Döberan (Mecklb.) sind die einzige Fabrik in Deutschland, die aus Tabakauffällen chemisch reines Nikotin herstellt. Der Betrieb hat das Nikotin, das überwiegend zur Schädlingbekämpfung im Wein- und Obstbau dient, in alle Länder der Welt versandt. Heute können Auslandsaufträge nur ausgeführt werden, wenn die notwendigen Rohstoffe, Tabakstaub oder Tabakauffall, zur Verfügung gestellt werden. Das in Döberan gewonnene Nikotin wird in der SBZ nur noch in Arzneimittelfabrikation verwandt. Zur Zeit werden im Tagesdurchschnitt 10 t Tabakstaub verarbeitet, die je nach Art des Tabaks 30 bis 50 kg 96 bis 98 %iges Nikotin ergeben.

Wirtschaftsrev. vom 27. Mai 1949

In der Berliner Zeitung fordert der ehemalige Oberst im Gen.Stab der Luftwaffe Walter LEIBER die Offiziere der Wehrmacht auf, aus dem politischen Hintergrund hervorzutreten und sich in die nationale Front einzureihen. Den aktiven Offizieren werfe man mit Recht vor, mit ihrer berechtigen unpolitischen Haltung ein bequemes Werkzeug gewisser politischer Kräfte gewesen zu sein und deren Macht gestärkt zu haben. "Man kann uns jedoch nicht vorwerfen, daß wir nicht national empfunden hätten."

Rhein. Merkur vom 28. Mai 1949

No. 25 Presseberichte aus den Westzonen
=====

Oberbehörde. Westdeutsche Politiker unter Führung von Dr. Adenauer planen eine sogenannte kleine Bundesregierung zu errichten, die als "Oberbehörde" von den eigentlichen Ministerien getrennt werden soll. Diese Oberbehörde, die etwas ganz Neues in der Geschichte des modernen Staatswesens auf der ganzen Welt wäre, könnte unabhängig von den Ministerien auch in einer anderen Stadt arbeiten und nur die eigentlichen Ministerialarbeiten erledigen. Die speziellen Arbeiten der Ministerien würden hiervon nicht berührt. Die jetzigen zwei-Zonenbehörden hätten keinesfalls als Wasserkopf zu gelten. Trotzdem müsse man erwägen, ob nicht in den künftigen Bundesministerien auf lange Sicht nach neuen Grundsätzen geplant werden sollte, da ja die zwei-Zonenbehörden nur provisorisch geschaffen worden seien. Ende Juni trete der Wirtschaftsrat höchstwahrscheinlich zum letzten Male zusammen. Der 17. Juli konnte nach Ansicht Dr. Pünders zum Wahltag für den Bundestag bestimmt werden. In der zweiten Hälfte des Monats August sei dann mit dem ersten Zusammentreten der Bundesregierung zu rechnen.

Allgem. Ztg. vom 31. Mai 1949

Technische Messe. Die Technische Messe Hannover ist vorbei. Die Aussteller sind von ihrem Verlauf befriedigt. Nach bisherigen Schätzungen sind für rund 90 Mill. DM Exportaufträge und für 60 Mill. Inlandaufträge erteilt worden. 2/3 der Aufträge sind von ausländischen Käufern erteilt worden. Als Hauptkäufer trat Holland für Fahrzeuge, Maschinen und Elektromaterial auf. Es folgen Indien und Ceylon mit großen Aufträgen für den Maschinenbau. - Von den ausländischen Aufträgen fallen über 60 v.H. auf Kraftfahrzeuge und Zubehör, 17 v.H. auf den Maschinenbau und 16 v.H. auf die Elektroindustrie. Bei den Inlandaufträgen führt die Kraftfahrzeugindustrie vor der Elektroindustrie. - Hinsichtlich der Erzeugerländer steht Württemberg-Baden bei den Exportabschlüssen mit 55 v.H. bei weitem an der Spitze.

Die Welt vom 31. Mai 1949

Interzonenhandel. Ein Sprecher der Zweizonenverwaltung für Wirtschaft gab die Gründe bekannt, die zum Scheitern der Interzonenhandelskonferenz führten. Die größte Schwierigkeit bildete die Einigung über die Währungsfrage. Die Vertreter der DWK hatten den westdeutschen Vorschlag, der auf eine Verrechnung in D-Mark über ein Konto bei der Bank deutscher Länder und auf eine Unterstellung der Lieferungen in "Vorbehalts-güter" mit Genehmigungspflicht und "Hörige Waren" hinauslief, nicht angenommen. Die Verwaltung für Wirtschaft hatte die Gegenvorschläge der DWK auf Errichtung von zwei parallelen Konten mit Parität von Ost- und Westmark ebenfalls abgelehnt.

Süddt. Ztg. vom 31. Mai 1949

Deutsche Auslandsvertretungen. Mit der Ernennung von Dr. von MANGOLD zum ständigen Leiter des deutschen ERP-Büros in Paris ist faktisch die erste deutsche Nachkriegs-Auslandsvertretung geschaffen worden. Wie Dr. Pünder dazu erklärte, habe man Dr. von Mangold, der schon lange im Pariser ERP-Büro arbeitete, mit der Leitung der deutschen Angelegenheit am Sitz der europäischen Marshallplan-Organisation betraut, nachdem die Lösung der deutschen Probleme dort aus alliierten in deutsche Hände übergegangen sei. Künftig wird man bei Bedarf Sachverständigen nach Paris delegieren.

SAZ vom 1. Juni 1949

Wahlen in Wolfsburg. Bei der Wahl zur Stadtvertretung in Wolfsburg hat die Deutsche Partei die meisten Stimmen erhalten, und zwar von 26 290 gültig abgegebenen Stimmen 12 619. Es folgt die SPD mit 7 300. Die Wahlbeteiligung betrug 70 %. Das Wahlergebnis macht deutlich, daß die Deutsche Partei die Wähler der Rechtspartei angezogen hat.

Allgem. Ztg. vom 31. Mai 1949

Grundgesetz. Dt. katholische Bischöfe üben scharfe Kritik an Grundgesetz. Sie erkennen hierin an, daß zwar einer Reihe von Einzelforderungen in vielfacher Hinsicht entsprochen wurde, es bleibe aber mit einem schweren Makel behaftet, weil das Elternrecht in seiner Anwendung auf die Schulerziehung nicht ausdrücklich anerkannt wurde. Daher kann es nur als eine vorläufige Ordnung betrachtet werden, das einer schnellen Ergänzung bedarf. "Wir werden den Kampf um Gewissensfreiheit und volles Elternrecht fortsetzen."

Die Welt vom 28. Mai 1949

SECRET

No. 24

Presseberichte aus den Westzonen

Ungenügende Versorgung. Der Verband der Körperbeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen für das Land Hessen veranstaltete eine Protestkundgebung. Landesvorsitzender SAUER bezeichnete die Art der Behandlung der in Not geratenen Beschädigten als besondere Tragik und wandte sich um Hilfeleistung an das Ausland. Er stellte die Frage, wo Humanität und Demokratie liebten, wenn Tausende der Verwundeten preisgegeben würden durch ein Körperbeschädigten-Leistungsgesetz, das jeder sozialen Gerechtigkeit Hohn spreche. Für das Gesetz machte er die Lethargie der Alliierten und den mangelnden Mut der deutschen Politiker, sich verantwortungsbewusst einzusetzen, verantwortlich. Bis zur Schaffung eines neuen Gesetzes verlangte der Redner Anpassung der Renten an das veränderte Preis- und Lohngefüge. Der Bundesregierung bliebe es nun überlassen, umgehend ein neues Versorgungsrecht zu schaffen. Arbeitsminister ARNDSEN warnte anschließend vor einem weiteren Aufschub des Leistungsgesetzes, da dann die Flüchtlinge, Vertriebenen und Kriegsbeschädigten zu einer radikalen Politik greifen könnten.

Allgem. Ztg. vom 30. Mai 1949

Deutsche Union. Der Vorstand der Deutschen Union hat in einer Erklärung zu dem Beginn eines "neuen Abschnitts der politischen Entwicklung in Deutschland" Stellung genommen und die Durchführung freier und geheimer Wahlen sowie die Zulassung aller demokratischen Parteien in ganz Deutschland gefordert. Weder der Bonner Bundestag noch der Volksrat der Ostzone erfüllen, so heißt es in der Erklärung, die Hoffnungen des Volkes, das weder von einem Weststaat noch von der östlichen "Volksdemokratie" etwas wissen wolle.

Städt. Ztg. vom 28. Mai 1949

Proteste gegen Max Reimanns Verhaftung. Der KPD-Parteivorstand erhob scharfen Protest gegen die Verhaftung R. Die KPD erblickt in diesem "Willkürakt" den Versuch, die "ständig wachsende Bewegung für ein einiges und unabhängiges Deutschland" zu schwächen und die KPD im kommenden Volkskampf zu behindern. Die Einkerkierung R. ist nach Ansicht der KPD unter Bruch seiner parlamentarischen Immunität erfolgt, da der Parlamentarische Rat noch nicht aufgelöst worden sei.

SAZ vom 31. Mai 1949

Senkung des Diskontsatzes um 0,5 v.H. Der Zentralbankrat der Bank Deutscher Länder beschloß, die Diskontsätze mit Wirkung vom 27. Mai um 1/2 v.H. herabzusetzen. Zur weiteren Lockerung auf dem Gebiet der kurzfristigen Kredite werden die Mindestreserven, die die Geldinstitute bei den Landeszentralbanken zu unterhalten haben, soweit sie sich nach den Sichteinlagen der Kundschaft berechnen, gesenkt, und zwar für Geldinstitute an Bankplätzen von 15 v.H. auf 12 v.H. und für Geldinstitute an Nichtbankplätzen von 10 v.H. auf 9 v.H. Guthaben auf den sogenannten Anlagekonten gelten als Sichteinlagen. Diese Beschlüsse treten am 1. Juni 1949 in Kraft.

Die Welt vom 28. Mai 1949

Auf einer Großkundgebung der CDU in Stuttgart hat sich Dr. ADENAUER u.a. gegen die wieder aufgenommenen Demontagen gewandt. Die von den Reparationslisten abgesetzten Geräte stellten kapazitätsmäßig nur etwa 10 % des Gesamtwertes dar. Eine Steigerung des für Westdeutschland notwendigen Exports sei unmöglich, wenn die neuangeordnete unsinnige Demontage ausgeführt würde. Das neuerrichtete Sicherheitsamt für die Westzonen, das den Frieden garantieren solle und in Nordrhein-Westfalen bereits tätig sei, scheine sich zu einer Konkurrenz-Spionage tübeler Sorte zu entwickeln. Die neue Bundesregierung werde sich gegen diese Industrie-Spionage, die ausdrücklich der Konkurrenz-Angst entspringe, wehren müssen.

Allgem. Ztg. v. 30. Mai 1949

Der Landesvorsitzende der württembergisch-badischen DVP, Dr. HAÜSSMANN, forderte die alsoaldige Selbstauflösung und Neuwahl des Landtages. Dieser sei einer Auflösung durch Volksbegehren und Volksabstimmung vorzuziehen. Der gegenwärtige unklare Zustand sei des Landtages unwürdig und würde auch von einzelnen Beamten-Abgeordneten so empfunden und bezeichnet. Dr. Reinhold MAIER hatte zur Frage der weiteren aktiven politischen Mitwirkung der Beamten-Abgeordneten im Landtag die Landtagsauflösung als Utopie bezeichnet, während Landtagspräsident Wilhelm KRIE die Möglichkeit einer Auflösung der Landtage durch die Landesparlamente in Frage stellt.

SAZ vom 31. Mai 1949

2/6/49

No. 25

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 1. Juni 1949

REUTER erklärte gestern, er werde trotz der ablehnenden Haltung auch weiterhin bereit sein, zwischen den Streikenden und der Eisenbahnverwaltung zu vermitteln. Er äußerte sich optimistisch über eine baldige Beendigung des Eisenbahnerstreiks.

Wie die UGO mitteilte, werden die streikenden Eisenbahner morgen eine Urabstimmung über das Angebot der Reichsbahndirektion vornehmen, sechzig Prozent der Bezüge in Westmark auszus zahlen. Die ursprüngliche Absicht der UGO, den Interzonenverkehr auch ohne die Zustimmung der Reichsbahn wieder in Gang zu bringen, wurde vorläufig zurückgestellt. Die westlichen Militärregierungen haben einen besonderen Ausschuss für die Währungskontrolle in den Westsektoren eingesetzt. Der Kontrollausschuss hat seine Arbeit bereits aufgenommen. Wohnungsinhaber haben von jetzt an ihre Mieten an Hausbesitzer, die im Ostsektor oder in der Ostzone wohnen, auf ein in den Westsektoren eröffnetes Bankkonto zu überweisen.

Der württembergisch-badische Kultusminister Dr. Beyerle erklärte auf der Schlußsitzung des Kongresses für bessere menschliche Beziehungen in München, die Besatzungsmächte hätten eine Reihe von Fehlern begangen, welche die demokratische Erziehung des deutschen Volkes verzögerten. In Namen des deutschen Volkes seien in In- und Ausland große Verbrechen begangen worden. Es sei die Schuld der Deutschen, daß sie diesen Verbrechen nicht entschieden genug entgegen getreten seien. Die als Sühne dem deutschen Volk auferlegte Methode der Entnazifizierung sei aber nicht nur falsch, sondern sogar ein nationales Unglück. Die Entnazifizierung sei ein mißglückter Versuch, dem deutschen Volk klarzumachen, was Gerechtigkeit sei.

In Württemberg-Baden ist als dem ersten Land in der amerikanischen Zone das Lizenzierungssystem der Mil.Reg. für Druckerzeugnisse aufgehoben worden. Es ist nun jeder Person erlaubt, Zeitungen, Bücher und Broschüren zu veröffentlichen. Den Verlegern ist jedoch auch weiterhin die Propagierung nationalsozialistischer Ideen und die Veröffentlichung von Druckmitteln untersagt, die Feindseligkeiten und Mißtrauen hervorrufen oder die militärische Sicherheit der Besatzungsmacht gefährden können.

Franz BLUCHER hat an Dr. Pünder ein Telegramm gesandt, in dem er ihn bittet, sich dafür einzusetzen, daß die Celsenberg-Benzin AG und die Fa. Scholven, die beide Fabriken zur Herstellung von synthetischem Benzin sind, nicht abgebaut werden. Er empfahl Dr. Pünder, sein Telegramm an die zuständige britische Stelle weiterzuleiten. In Südwürttemberg-Pfaffenweiler ist das Notopfer Berlin aufgehoben worden.

Die Außenminister setzten heute ihre Beratungen fort. Mittags trafen sich die drei westl. Außenminister zu einer Privatunterredung. Es wurde beschlossen vorzuschlagen, die nächsten Beratungen geheim zu führen. Besonders Bevin setzte sich dafür ein, weitere Tagungen ohne Teilnahme der Öffentlichkeit stattfinden zu lassen. Auch gestern hatte Wysskowski erklärt, er könne sich nicht dem westlichen Standpunkt über die politische Einheit Deutschlands anschließen. Man beschloß daher, zum zweiten Punkt der Tagesordnung, dem Berliner Problem und der Währungsfrage, überzugehen.

Pol. Kreise sind überzeugt, daß eine wirtschaftliche Einigung das Maximum wäre, das erreicht werden könnte.

Sender Stuttgart vom 2. Juni 1949

Die Kohlenförderung im Ruhrgebiet hat einen neuen Höchststand erreicht, und zwar wurden im Mai durchschnittlich 335 000 t täglich gefördert. Damit hat sich der Tagesdurchschnitt um 6 1/2 tausend Tonnen erhöht. Walter FISCH erklärte dieser Tage: "Wir werden jeden zur Hechenschuld schuldig machen! Reimann sei nur verhaftet worden, damit die Wehrheit mundtot gemacht würde."

No. 24

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 31. Mai 1949

Wyschinski hat heute die Voransätze der Westmächte für die politische und wirtschaftliche Zukunft Deutschlands erneut abgelehnt. Er sagte, das Besatzungsstatut sei zeitlich nicht befristet. In dem Statut sei vorgesehen, daß in Deutschland eine lange Besatzung verlaufe. Weiter erklärte er, die Einheit Deutschlands könne nicht nach dem Muster des Grundgesetzes hergestellt werden. Er verlangte ferner, daß eine Delegation des sogenannten Volksrats ihre Ansichten über Deutschland vorbringen könne. Diese Forderung wurde von den drei Westmächten energisch zurückgewiesen. Wyschinski erklärte, er glaube auf keinen Fall, daß die 2000 Delegierten des deutschen Volkskongresses in irgend einer Weise die deutsche Volk oder auch nur die Bevölkerung der Ostzone repräsentierten. Der Volkskongress sei eine russische "Landschafts-Organisation", die nicht wisse, irgend etwas zu sagen, was nicht von der SU vorher genehmigt sei.

Die sowjetisch kontrollierte Eisenbahndirektion Berlin hat angeordnet, daß vom 1. Juni an Fahrkarten für die westberliner S-Bahnstrecken nur gegen Westmark verkauft werden. Kraikeweyer hat die Verhandlungen mit Oberbürgermeister Reuter über den Streik abgesagt. Das Vermittlungsangebot Reuters sei schon deshalb gegenstandslos, weil die Eisenbahndirektion mehrfach verweigert den Berliner Magistrat ersucht habe, den in den Westsektoren Berlins wohnenden Eisenbahnern 50 % der Lohnzahlungen in Westmark umzutauschen.

Der württemberg-badische Landtag beschäftigte sich mit der Frage der Zugehörigkeit von Beamten zum Parlament. Präsident KEIL teilte mit, daß für das Land Württemberg-Baden ein neuer Gesetzentwurf ausgearbeitet werden müsse. Dr. MYTHUS gab eine Regierungserklärung ab, in der es heißt, den Gesetzen zufolge würden sich die Beamten-Abgeordneten lediglich aus Gründen der Mandatlinie zu entscheiden haben, ob sie ihr Amt oder ihr Abgeordnetenmandat beibehalten wollten. Für diese Entscheidung müsse ihnen eine angemessene Zeit gelassen werden. Daher könne ein automatisches Verbleiben der Mitgliedschaft eines Beamten nicht bejaht werden. Lindner-Körner, daß der umstrittene Artikel des Landesbeamtengesetzes mit der Landesverfassung nicht vereinbar sei und im Widerspruch zu anderen Verfassungsartikeln stehe. Der Entwurf des Innenministeriums für das neue Landes-Wahlgesetz sei eine Beschränkung der Wahlbarkeit der Beamten vor. Die Regierung wolle aber mit der Regelung der Angelegenheit warten, bis der genaue Inhalt des Bundeswahlgesetzes feststehe. Der Sprecher der CDU, THEO DEBETHE, sagte, daß ein Gesetz die Frage regeln müsse. Die SPD lehnte durch Leibbrand die Reg. Erklärung ab. Dr. KESSLER, DVP, betonte, daß mit der Regierungserklärung die Frage noch nicht gelöst werde. Die Min. Couv. der amerikanischen und der britischen Zone besprachen heute mit den Min. Präs. der Besatzungszone die alliierten Abänderungswünsche zum Wahlgesetz. Die Min. Präs. KOPP anschließend mitteilte, wurde in der Unterredung klarstellt, daß die Min. Präs. lediglich für die Festsetzung des Wahltermins, die Einberufung des Bundestages und die Bestellung eines Wahlkommissars zuständig sind. Eine Abänderung des Wahlgesetzes, wie sie vor allem für das Wahlsystem, die Zahl der Abgeordneten und die Verteilung der Kandidaten auf die einzelnen Länder gefordert wird, ist eine Angelegenheit des PärL. Katos. STUCK erklärte, die Min. Präs. würden sich voraussichtlich nicht mit der von den alliierten sowjetischen Forderung der Bestimmung über Wahlscheine einverstanden erklären. Die Gouverneure hätten gefordert, die Ausgabe der Wahlscheine nur auf ihre Brige der Seifahrt zu beschränken. Die Verwirklichung dieser Bestimmung würde den Prozentsatz der Wahlbeteiligung erheblich herabsetzen, da dann nicht nur zahlreiche Geschäftsleute von der Wahl ausgeschlossen wären, sondern auch viele Erwerbslose, die gerade im Hochsommer besonders zahlreich seien. Im übrigen sei es wegen der Dringlichkeit gut, daß die Min. Präs. nicht über Abänderungen des Wahlgesetzes zu beschließen hätten. Die Tatsache, daß 11 Landtage sich ganz erst einigend mit der Materie befassen müßten, würde die Wahl zum 1. Bundestag um Monate verzögern.

No. 23

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 27. Mai 1949

Die Außenmin. werden voraussichtlich Wyschinski heute auffordern, seine Pläne für ein einheitliches Deutschland genau zu definieren. W. bestand auch gestern auf Vollerbringung des Kontrollrates. Im Verlauf der Sitzung entwarf er sein Bild über die Entwicklung in der Ostzone. Er sagte u.a., daß der Lebensstandard in der Ostzone besser sei als der in der Westzone. Seine Darlegungen wurden jedoch von den Westmächten mit Skepsis aufgenommen. - Bisher haben die Westmächte die sowjetischen Forderungen noch nicht eindeutig abgelehnt, sie ließen jedoch durchblicken, daß auch sie einige Bedingungen stellen werden.

Der Güterverkehr zwischen den Westzonen und Berlin ist eingestellt worden. 35 Züge liegen auf der Strecke fest. Seit Dienstag sind nur 7 Züge in Berlin eingetroffen.

Anläßlich der Mitgliederversammlung der Deutsch-Belgisch-Luxemburgischen Handelskammer gab Dr. PLENDER einen Rechenschaftsbericht über die westdeutsche Wirtschaftspolitik. Unter Bezugnahme auf die steigende Kohlenförderung erklärte er, bei Erreichen von 260 000 t tgl. werde die Bewirtschaftung von Kohle wesentlich gelockert oder aufgehoben werden. - Durch eine sinnvolle Zusammenfassung aller möglichen Finanzierungsquellen hoffte man, in Laufe des Staatsjahrs 49/50 für Investitionszwecke 7,5 Mrd. DM flüssig machen zu können. - Auch die demnächst von der Kreditanstalt für Wiederaufbau herauskommende steuerbegünstigte Anleihe werde Kapital für die wichtigsten Investitionsvorhaben, wie Wohnungsbau, Bergbau, Energiewirtschaft sammeln, wobei die verschiedenen Bedarfsträger nach der Dringlichkeit der Kapitalinvestitionsvorhaben berücksichtigt würden. - Zur Frage des kontinuierlichen Absatzes der deutschen Produktion nach Befriedigung des Nachholbedarfes erklärte Dr. PLENDER, nur eine außerordentliche Steigerung der deutschen Exporte könne auf die Dauer eine Absatzkrise verhindern. Der Anteil der Rohstoffe am westdeutschen Export sei noch immer zu hoch. Leider gingen noch 22,5 % der gesamten westdeutschen Kohle ins Ausland, wo die Kohle unter Weltmarktpreis verkauft werden müsse. Diese Tatsache stehe der Ausweitung der Produktion, dem Ausbau der Industrieanlagen und einem Wohnungsbau in größerem Maße im Wege.

August HAUSLEITER fordert freie und geheime Wahlen in allen deutschen Ländern unter Kontrolle der UN. Er setzt sich für die Wiederherstellung der Grenzen von 1937 ein. Die Grundsätze der Atlantik-Charta müssen für die ganze Menschheit gelten; die für einzelne Völker unter Kraft zu setzen, gefährdet die Demokratie. Das Schicksal der deutschen Oder-Neiße-Grenze muß von seinen ehemaligen Bewohnern entschieden werden. Ein gerechter Friede ist Voraussetzung für die demokratische Weiterentwicklung in Europa.

Sender Stuttgart vom 28. Mai 1949

Die Besprechungen zwischen Vertretern des Frkf. Wirtschaftsrates und der DWA zwecks Wiederaufnahme des Interzonenhandels sind auf unbestimmte Zeit vertagt worden, da es den Frankfurterern an Unterlagen fehle. Die ostzonalen Vertreter haben sich bereit erklärt, die Besprechungen jederzeit wieder aufzunehmen.

Die Landesversammlung der CSU in Straßburg hat heute an Stelle von Justizmin. Dr. Müller mit 296 gegen 151 Stimmen den vize-Präs. Dr. EHARD zum Landesvorsitzenden gewählt. EHARD sagte, er bringe ein großes persönliches Opfer, wenn er das Amt des vize-Präs. mit dem des Landesvorsitzenden verbinde. Der Staat könne nur in einer Stärkung der Partei und ihrer Haltung als politisches Instrument liegen. Die Aufgabe sei unlösbar, wenn nicht endlich mit dem persönlichen Gegenstand in der Partei aufgehört werde. Keine Nichtschar in der Politik sei und bleibe: Nicht Bayern und Deutschland, sondern Bayern in Deutschland und Deutschland nicht ohne Bayern.

Das neue Soforthilfegesetz soll sobald wie möglich in Kraft treten. Man hofft, dafür keinen großen Verwaltungsapparat zu benötigen. Die Soforthilfe ist in erster Linie für Flüchtlinge, Vertriebene und Vermögensgeschädigte vorgesehen.

SECRET

25X1A

6/6/49

No. 26

Presseberichte aus den Westzonen

Neues Wirtschaftsprogramm. Der wirtschaftspolitische Ausschuss der CDU hat ein neues Siebzehn-Punkte-Wirtschaftsprogramm vorgelegt, das im wesentlichen folgende Thesen enthält:

Schaffung einer Zentralaufsicht für die Währung; keine Subventionspolitik; kein Preisamt; Erhöhung des Realeinkommens nur durch Preissenkung, da sonst eine internationale Wettbewerbsfähigkeit unmöglich ist; kein Zwangssparen, sondern Steuervergünstigungen zum Zwecke der Kapitalbildung; Steuerreform, verbunden mit größerer Sparsamkeit der öffentlichen Hand; und Neubau der deutschen Handelsflotte, da bisher rund 200 Millionen Dollar jährlich für die Benutzung fremder Schiffe ausgegeben worden sind.

Prof. ERHARD erklärte in einer Rede, das Prinzip der Wirtschaft sei dynamisch, während die Geschichte bewiesen habe, daß alle Versuche, die Wirtschaft durch Zwang in die Statik zu drängen, fehlschlagen müßten. Erhard warf den Kritikern vor, sie hätten als einzigen Ausweg aus den Schwierigkeiten immer nur die Vorteile der Planwirtschaft zu nennen gewußt, die bereits gründlich versagt habe. Kein Mensch könne erwarten, daß nach einem fünfjährigen Zwangszustand in drei bis vier Jahren alle Schäden geheilt sein sollten. Verschiedene Krisensymptome der gegenwärtigen Lage könnten, so schwerwiegend sie im einzelnen auch seien, durchaus als positiv für die kommende Entwicklung gewertet werden. So sei der gegenwärtige Kreditmangel durchaus ein Zeichen der Konsolidierung, denn er zeige, daß das Geld für echtes und gesundes Geld wieder im Wechseln und daß dieses Geld auch tatsächlich gut sei. "Es fiele mir nicht schwer, in acht Tagen alle Arbeitslosen von der Straße zu bringen. Aber der Preis dafür wären neue inflationistische Tendenzen. Damit würde wiederum eine wirtschaftliche Schwächung eintreten, die Preise würden anziehen und das Realeinkommen sinken".

Erhard lehnte die liberalistische Zyklustheorie, die einen periodischen Auf- und Abstieg der Wirtschaft in einem sieben- bis neunjährigen Zeitraum annimmt, ab. Um die Kapitalnot der deutschen Wirtschaft zu beheben, seien jährlich sieben bis acht Milliarden Mark an Investitionen erforderlich. Zur Zeit würden Mittel bereit gestellt, und zwar aus dem "Counter-Part-Fonds" sowie durch Anleihen wie jetzt zum Beispiel durch die Reichsbahnanleihe.

Allgem. Ztg. v. 1. Juni 1949

Deutsche Union. Vier Mitglieder der DU, und zwar Schlom, Woschesch, Maly und Peleng wurden mit sofortiger Wirkung vom Vorstand der DU ausgeschlossen. Es wird ihnen vorgeworfen, mit Vertretern der FDJ und des PDGB an der Gründung der Aktionsgemeinschaft für ein einiges Deutschland mitgewirkt zu haben. Damit machte die DU einen Beschluß wahr, der jedem Mitglied Verhandlungen mit offiziellen Ostzonenorganisationen verbietet.

Die Neue Ztg. vom 31. Mai 1949

Zur Erforschung des Nationalsozialismus. Kürzlich wurde in München eine Kuratoriumssitzung des "Deutschen Institut zur Erforschung des Nationalsozialismus" abgehalten. Das Institut hat als Ziel, die Öffentlichkeit über die Vorgeschichte und die Geschichte des Nationalsozialismus zu informieren und Vorbereitungen für eine wissenschaftliche Darstellung dieser Zeit zu treffen. Es ist eine Stiftung der Ministerpräsidenten der Länder der amerik. Bes. Zone und soll von den Ländern des Bundes getragen werden.

Allgem. Ztg. vom 1. Juni 1949

Die Gründung einer neuen Partei ist in Heidelberg beschlossen worden, in der ohne parteipolitische Bindung alle Flieger- und Währungsbeschädigten, Ausgewiesenen und Flüchtlinge sowie alle Kriegsbeschädigten zusammengefaßt werden sollen.

Allgem. Ztg. vom 31. Mai 1949

Die Deutsche Zentrumspartei hat jetzt ihre Tätigkeit auch in Rheinland-Pfalz aufgenommen.

SAZ vom 31. Mai 1949

SECRET

SECRET

25X1A

31/5/49

No. 105

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 27. Mai 1949

Berlin: Gegen die Terrormaßnahmen der UGO wird in Protestkundgebungen Stellung genommen. So sandten die Eisenbahner von Leipzig, Zwickau, Dresden usw. Telegramme, in denen sie ihrer Empörung Ausdruck geben, daß das Volkseigentum mutwillig zerstört worden ist. Die heutige vierte Sitzung wurde nach vierstündiger Dauer beendet. Den Vorsitz führte Außenmin. Acheson. Auf der Tagesordnung stand wiederum die wirtschaftl. und pol. Einheit Deutschlands, zu der W. eingehende Vorschläge gemacht hatte. Korrespondenten einiger Berliner Zeitungen haben auf die von ihnen rechtzeitig gestellten Einreiseanträge zwecks Teilnahme an der Außenministerkonferenz noch keine Antwort erhalten. Es hat den Anschein, als ob die französische Regierung stillschweigend über die Anträge hinweggehen will, um dadurch der Pflicht enthoben zu sein, die Ablehnung begründen zu müssen. In Kreisen der Journalisten wird die Auffassung vertreten, daß einige Mächte nicht an einer objektiven Berichterstattung interessiert sind. Zur gegenwärtigen politischen Situation nahm PESCHKE auf der Zonenfunktionärkonferenz der IG Metall Stellung. Er sagte, die Vorschläge Wyschinskis haben klar erkennen lassen, daß die SU bereit sei, alles zu tun, um die Einheit Deutschlands wieder herzustellen. Die 600 Delegierten richteten an alle Metallarbeiter die Aufforderung, die Einheit Deutschlands zum obersten Gesetz ihres Handelns zu machen. - Wyschinski habe in seinen Forderungen über die Wiederherstellung des Viermächtekontrollrates nichts vorgeschlagen, was unannehmbar sei. Es solle daher nicht schwer fallen, zu den alten Beschlüssen von Potsdam zurückzugehen. Wären wir Deutschen in Paris vertreten, würden wir nichts anderes fordern, als was er vorgeschlagen habe.

Sender Leipzig vom 28. Mai 1949

Berlin: Der Dritte Deutsche Volkskongreß wird morgen zu seiner ersten Tagung zusammentreten. Die Vorbereitungen dafür sind abgeschlossen. Unter den auswärtigen Delegierten befinden sich zahlreiche Teilnehmer aus Westdeutschland. Zum Thema Deutschland und die Außenministerkonferenz werden u.a. Pieck, Buschke usw. Stellung nehmen. Auf der Tagesordnung steht ferner die Wahl einer Delegation, die Deutschland in Paris vertreten soll. In der Zeitschrift "Deutschlands Stimme" wird die Bildung einer gesamtdeutschen Nationalen Front als die wichtigste Aufgabe des Volkskongresses bezeichnet. Ferner wird der Abschluß des Friedensvertrages, Anzug der Besatzungstruppen usw. gefordert, weil das die Voraussetzungen für eine friedliche Entwicklung in Deutschland ist. - In zahlreichen Städten Westdeutschlands sind auf Volksversammlungen

Entscheidungen angenommen worden, in denen die Ziele des Volkskongresses begrüßt wurden. Die Tägliche Rundschau schreibt heute, die ersten Tage in Paris haben ergeben, daß es nur die SU ist, die bisher positive Vorschläge hervorgebracht hat. Die Westmächte begnügten sich damit, das Wort "Einheit Deutschlands" ständig zu wiederholen, ohne einen konstruktiven Vorschlag zu machen. Ihre Gegenargumente wären so dürftig, daß sie nur die Richtigkeit der Vorschläge der SU bestätigten. - Prof. BUDZISLAWSKI erklärte, das deutsche Volk könne den Vorschlägen Wyschinskis zustimmen, denn sie entsprächen seinen Interessen. Die KPD von Rheinland-Pfalz sandte an den Volkskongreß eine Erklärung, in der es heißt, daß sich alle aufrechten Deutschen zur Nationalen Front sowie für Deutschlands Einheit und Frieden bekennen. Während sich westdeutsche Politiker zur Zerreißung Deutschlands hergegeben haben, erhebt der Deutsche Volkskongreß seine Stimme zur Entsendung einer deutschen Delegation nach Paris.

Sender Leipzig vom 29. Mai 1949

Heute wurde der Dritte dt. Volkskongreß eröffnet. PIECK erklärte, Aufgabe des 3. Volkskongresses sei es, neue Mittel und Wege zu finden, um das Unglück der Spaltung Deutschlands zu verhindern. Die breite Kampflinie der "Nationalen Front" müsse auch auf Westdeutschland ausgedehnt werden.

SECRET

SECRET

2/14/49

No. 146

Auszüge aus Presseberichten

Verfassung der Ostzone. Die vom Dritten Volkskongreß der Ostzone angenommene Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik besteht aus einer Präambel und drei Abschnitten mit insgesamt 144 Artikeln. Die Verfassung besagt, daß Deutschland eine unteilbare demokratische Republik ist, die sich auf den deutschen Ländern aufbaut. Ihre Hauptstadt ist Berlin. Ihre Farben sind Schwarz-Rot-Gold.

Der zum Unterschied vom Bonner Grundgesetz stärker ausgeprägte zentralistische Charakter kommt dort zum Ausdruck, wo es heißt, daß alle wesentlichen Angelegenheiten von der Republik, alle anderen von den Ländern beschlossen werden. Die vom Volk ausgehende Staatsgewalt hat ihr höchstes Organ in der Volkskammer, die aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen hervorgeht. Die Verfassung kennt keine Dreiteilung der Verfassungsgewalt in die Gesetzgebung, Exekutive und Rechtsprechung. Der Volkskammer zur Seite steht die Länderkammer. Beide Kammern wählen gemeinschaftlich den Präsidenten der Republik aus der stärksten Fraktion der Volkskammer. Der Präsident ist zugleich Regierungschef und amtiert vier Jahre.

In der Verfassung ist die in der Ostzone vorgenommene Enteignung von Kriegsverbrechern und nationalsozialistischen Aktivisten, die Verstaatlichung von Monopolen und Kartellen, die Sozialisierung der Bodenschätze und die Bodenreform verankert. Die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik verlieren das aktive und passive Wahlrecht, wenn sie Propaganda gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze gegen demokratische Politiker und Kriegshetze oder militaristische Propaganda betreiben. Im Übrigen werden in der Verfassung die persönliche Freiheit, die Unverletzlichkeit der Wohnung und das Recht der freien Meinungsäußerung garantiert. Allerdings wird darauf hingewiesen, daß alle diese Rechte durch die geltenden Gesetze eingeschränkt werden können.

Das Sekretariat des Deutschen Volksrats in Berlin hat an die Pariser Außenministerkonferenz ein Telegramm gerichtet, in dem um Bekanntgabe des Termins zum Empfang einer Volkskongreßdelegation durch den Außenministerrat gebeten wird. Gleichzeitig wurden alle vier Besatzungsmächte Deutschlands um Erteilung der Ausreisegenehmigung für die Delegationsmitglieder gebeten.

Zu der Volksratssitzung in der Berliner Staatsoper erklärte ein Sprecher der SED, die Proklamation der Deutschen Demokratischen Republik durch den Vorsitzenden des Volksrats Pieck werde vorerst keine konkreten Maßnahmen, wie Wahlen oder eine Regierungsbildung nach sich ziehen. "Alle politischen Maßnahmen dieser Art werden zurückgestellt, bis in Paris eine Aklung erfolgt. Es wird nichts geschehen, was eine Verständigung behindern könnte." In der Staatsoper seien lediglich die Grundsätze für die Bildung einer Deutschen Demokratischen Republik proklamiert worden, die bei entsprechenden Ergebnissen der Pariser Außenministerkonferenz konkret angewendet werden sollten.

Allgem. Ztg. vom 1. Juni 1949

Ostzonen-LDP. "Die LDP verlangt die restlose und sofortige Behebung der bei der Stimmauswertung der Volkskongreßwahlen festgestellten Unregelmäßigkeiten und die Strafverfolgung ihrer Urheber", heißt es in einer Resolution der Ostzonen-LDP. Nach einer längeren Besprechung verantwortlicher Parteifunktionäre bei der SMA in Dresden über diese Fragen erklärte der sächsische Justizmin. Dieckmann, die Resolution dürfe auf Befehl der SMA nicht angenommen werden. Die Mehrzahl der Mitglieder des Landesvorstandes der Partei stellte daraufhin fest, es habe keinen Zweck, die Blockpolitik fortzusetzen, und schlug eine Auflösung der LDP vor.

Die Neue Ztg. vom 31. Mai 1949

Großberliner Finanzverwaltung unter neuer Leitung. Der neue Leiter der Finanzabt. des Groß-Berliner Magistrats, Martin SCHMIDT, erklärte anläßlich seiner Amtseinführung, daß die Eingliederung Berlins in den Volkswirtschaftsplan der Zone auch eine Änderung der Methoden und Arbeitsziele der Finanzabt. erfordere. Mit dem kommunal-egoistischen Denken der Vergangenheit müsse gebrochen werden. Er kündigte an, daß der Abschluß für das Haushaltsjahr 1948/49 bis spätestens zum 31. Juli fertiggestellt sein würde und gleich dem Zonenhaushalt einen Überschuß aufweisen werde.

Neues Deutschland vom 15. Mai 1949

SECRET

4/6/49

No. 145

Auszüge aus Presseberichten

=====

Bildungs-Kollektive. In der Ostzone sind Bildungs-Kollektive entstanden, aus denen Arbeiter und Bauern in das Universitätsstudium gelangen sollen. In den Bildungskollektiven, die vor allem in Sachsen-Anhalt eröffnet worden sind, sollen die Bewerber für das Arbeiter- und Bauernstudium ein halbes Jahr wöchentlich acht bis zehn Stunden in Deutsch, Mathematik, Naturwissenschaften und Gegenwartskunde als Vorbereitung auf das Studium unterrichtet werden. Maßgebender Träger dieser Arbeit ist der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund.

Neue Volks-Ztg. vom 27. Mai 1949

Volkskongreß. Auf dem dritten Volkskongreß hat Volksratspräsident NUSCHKE einen nationalen Staat gefordert und erklärt, es sei eine Zumutung, daß die Westmächte den Anschluß der Ostzonenländer an die Bundesrepublik Deutschland unter der Bonner Verfassung vorgeschlagen hätten. Die Nationale Front, die seit kurzem in der Ostzone propagiert werde, sei keine neue Firma, sie sei vielmehr die Zusammenfassung aller verantwortlichen Deutschen. Nuschke richtete ferner einen Appell an die amerikanische Regierung, in dem er die Abberufung des amerik. Stadtkommandanten in Berlin forderte. Howley stelle eine ständige Bedrohung des Friedens dar. Er habe einen Krießstall provoziert wollen, der nur durch die Friedensbereitschaft der SU verhindert worden sei.

Professor KASTNER erklärte, die Ostzone lebe schlechter als die Westzone, sie habe aber auch keine skrupellosen Schulden gemacht. Die "Nein"-Stimmen bei der Volkskongreßwahl seien Ausdruck der Empörung darüber, daß Deutschland vier Jahre nach Kriegsende noch keinen Frieden habe.

Am 2. Tag des Kongresses wurde gegen eine Stimme eine "Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik" angenommen. Der Volkskongreß wählte ferner eine 22-köpfige Delegation, die nach Paris zur Konferenz der Außenminister entsandt werden soll. Unter den Mitgliedern der Delegation befindet sich auch der kürzlich verhaftete Vorsitzende der westdeutschen Kommunisten Reimann.

Der Kongreß beschloß dann eine Denkschrift, die dem Außenministerrat vorgelegt werden soll. Die Außenminister werden darin aufgefordert, einen Friedensvertrag für Deutschland auf der Basis der Abkommen von Jalta und Potsdam zu entwerfen. Die Einheit ganz Deutschlands in Verwaltung und Wirtschaft soll hergestellt und eine einheitliche Währung eingeführt werden. Alle wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Einschränkungen zwischen westdeutschland und der Ostzone sollen aufgehoben werden. Der Außenministerrat soll ferner die Bildung einer vorläufigen deutschen Zentralregierung aus Vertretern aller demokratischen Parteien und Organisationen einberufen genehmigen und eine Friedenskonferenz einberufen, an der auch eine vorläufige deutsche demokratische Regierung teilnehmen soll.

Allgem. Ztg. vom 31. Mai 1949

Taktischer Rückzug. Major PATENT von der SMA erklärte dieser Tage in Berlin, das kommunistische Ziel sei unveränderlich die Weltrevolution. Lediglich die taktischen Mittel zur Errichtung der Weltrevolution würden gewechselt. Zur bolschewistischen Taktik gehöre auch manchmal der organisierte Rückzug. Die Bolschewisten griffen auf diese Taktik in Zeiten des Niederganges der revolutionären Möglichkeiten zurück. "Nach diesem gleichen Rezept muß jetzt auch in Deutschland gehandelt werden, um die in der deutschen Bourgeoisie herrschenden Gegensätze zu Gunsten der Weltrevolution zu benutzen. Die Wahl schlaggebender Bedeutung. Deshalb müssen die Kommunisten Geduld haben, denn ein Rückzug bedeutet nicht eine Niederlage, sondern aktive Verteidigung."

Allgem. Ztg. v. 1. Juni 1949

Die volkseigenen Metallwerke Tamnach bei Gotha haben die erste Maschine zur Verglasung von Glühlampensockeln fertiggestellt. Die sog. Glasvitrierung der Glühlampensockel wurde bisher nur in Westdeutschland betrieben. Vom 1. Mai an sollen in den Tamnacher Metallwerken mtl. 200 000 Sockel hergestellt werden. Der Bau weiterer Maschinen wird vorbereitet.

Wirtschaftsrev. vom 27. Mai 1949

No. 144

Auszüge aus Presseberichten

Spinnstoff-Erzeugung. Der Berliner Spinnstoffwirtschaft wurden durch die Blockadeaufhebung die Tore zum Westen wieder geöffnet. Mit der Spinnstoffwirtschaft Berlins verbindet sich die Vorstellung einer Bekleidungsindustrie von hohem Rang, während die Vorstufen nur schwach vertreten sind. Diese Bekleidungsindustrie hat durch Krieg und Blockade empfindlich gelitten. In Berlin dienten vor dem Krieg noch über 100 000 Männer und Frauen allein der Bekleidungsindustrie. Die Damenoberbekleidungsindustrie der Hauptstadt umfaßte 80 bis 90 % der deutschen Kapazität. Dazu gesellten sich die Herrenoberbekleidung, die Wäsche-, Nieder- und Krawattenindustrie, die Zubehörszweige der verschiedensten Art usw. - Die Berliner Konfektion bestritt in den letzten Vorkriegsjahren rund 40 % des Umsatzes der deutschen Bekleidungsindustrie. Ihr Hauptteil liegt im Ostsektor. Die Ostzone umfaßt darüber hinaus wichtigste Schwerpunkte der deutschen Textilindustrie. Bisher entbehrte die westdeutsche Spinnstoffwirtschaft vor allem die Lieferungen der sächsischen Textilmaschinenindustrie. In Westdeutschland fehlt bis auf bescheidene Anfänge die Industrie der feinen Damenstrümpfe Chemnitzer Art, eine ausreichende Kammgarnindustrie, fast die gesamte Fabrikation von Stoffhandschuhen und die Stickerei-, Spitzen- und Cardine-Industrie, wie sie im Vogtland behelmt ist. Die Westzonen brauchen einen erheblichen Zuschuß an Apoldaer Wirk- und Strickwaren und an Greiz-Geraer Tuch- und Kleiderstoffen. Umgekehrt hat der Osten eine unzureichende Kunstseidenindustrie, vor allem fast keine Kupferkautschuk-, eine im Gegensatz zur Kammgarnspindel-ausrüstung viel zu geringfügige Wäscherei- und Kammgarnkapazität, eine bescheidene Seidenwebereiindustrie, einen Mangel an feinen- und Halbleinen-Webereien, einen empfindlichen an Stoffdruckerei und schließlich einen Engpaß in Chemikalien. Auch dies sind nur hervorsteckende Beispiele; sie genügen jedoch, um die störenden, wenn nicht verhängnisvollen Wirkungen dieses Zonenkriegs zu beleuchten, der keinen Ausgleich zwischen Mangel und Überfluß oder guter Ausstattung zuläßt.

Allgem. Ztg. vom 27. Mai 1949

Binnen 2 Monaten sollen auf Anordnung der DMK alle industriellen Erzeugnisse der SBZ so gekennzeichnet werden, daß der Hersteller einwandfrei festgespielt werden kann. Die Kennzeichnung gilt als eindeutig, wenn sie die Firmenmarkenzeichnung, ein eingetragenes Warenzeichen oder eine eingetragene Handelsnummer enthält. Die Herkunft von Waren aus volkseigenen Betrieben muß aus der Kennzeichnung hervorgehen. Die beim Groß- und Einzelhandel nachweisbar aus früheren Lieferungen vorhandenen Warenbestände können auch nach der Frist ohne Kennzeichen in den Verkehr gebracht werden. Ferner haben alle Hersteller und Verteiler industrieller Erzeugnisse in ihren Büchern, Rechnungen, Belegpapieren usw. die sechsstelligen Nummern der Erzeugnisse gemäß dem allgemeinen Warenverzeichnis anzugeben.

Wirtschaftsrev. vom 27. Mai 1949

Die volkseigenen Chemischen Werke in Bad Döberan (Meckl.) sind die einzige Fabrik in Deutschland, die aus Tabakauffällen chemisch reines Nikotin herstellt. Der Betrieb hat das Nikotin, das überwiegend zur Schädlingsbekämpfung im Wein- und Obstbau dient, in alle Länder der Welt verhandelt. Heute können Auslandsaufträge nur ausgeführt werden, wenn die notwendigen Rohstoffe, Tabakstaub oder Tabakauffall, zur Verfügung gestellt werden. Das in Döberan gewonnene Nikotin wird in der SBZ nur noch in Arzneimittelfabrikation verwendet. Zur Zeit werden im Tagesdurchschnitt 10 t Tabakstaub verarbeitet, die je nach Art des Tabaks 30 bis 50 kg 96-faches Nikotin ergeben.

Wirtschaftsrev. vom 27. Mai 1949

In der Berliner Zeitung fordert der ehemalige Oberst im Gen. Stab der Luftwaffe Walter LEIBERGS-BITZMANN die Offiziere der Wehrmacht auf, aus dem politischen Hintergrund hervorzutreten und sich in die Nationale Front einzureihen. Den aktiven Offizieren werfe man mit Recht vor, mit ihrer befehlsgemäß unpolitischen Haltung ein bequemes Werkzeug gewisser politischer Kräfte gewesen zu sein und deren Macht gestärkt zu haben. "Man kann uns jedoch nicht vorwerfen, daß wir nicht national empfunden hätten."

Rhein. Merkur vom 28. Mai 1949

SECRET

SECRET

25X1A

No. 25

Presseberichte aus den Westzonen

Oberbehörde. Westdeutsche Politiker unter Führung von Dr. Adenauer planen eine sogenannte kleine Bundesregierung zu errichten, die als "Oberbehörde" von den eigentlichen Ministerien getrennt werden soll. Diese Oberbehörde, die etwas ganz Neues in der Geschichte des modernen Staatswesens auf der ganzen Welt wäre, könnte unabhängig von den Ministerien auch in einer anderen Stadt arbeiten und nur die eigentlichen Ministerialarbeiten erledigen. Die speziellen Arbeiten der Ministerien würden hiervon nicht berührt. Die jetzigen Zweizonenbehörden hätten keinesfalls als Vorkörper zu gelten. Trotzdem müsse man erwägen, ob nicht in den künftigen Bundesministerien aus langer Sicht nach neuen Grundsätzen geplant werden sollte, da ja die Zweizonenbehörden nur provisorisch geschaffen worden seien. Ende Juni tritt der Wirtschaftsrat höchstwahrscheinlich zum letzten Male zusammen, der 17. Juli konnte nach Ansicht Dr. Pünders zum Wahltag für den Bundestag bestimmt werden. In der zweiten Hälfte des Monats August sei dann mit dem ersten Zusammentreten der Bundesregierung zu rechnen.

Allgem. Ztg. vom 31. Mai 1949

Technische Messe. Die Technische Messe Hannover ist vorbei. Die Aussteller sind von ihrem Verlauf befriedigt. Nach bisherigen Schätzungen sind für rund 90 Mill. DM Exportaufträge und für 60 Mill. Inlandaufträge erteilt worden. 2/3 der Aufträge sind von ausländischen Käufern erteilt worden. Als Hauptkäufer trat Holland für Fahrzeuge, Maschinen und Elektromaterial auf. Es folgen Indien und Ceylon mit großen Aufträgen für den Maschinenbau. Von den ausländischen Aufträgen fallen über 60 v.H. auf Kraftfahrzeuge und Zubehör, 17 v.H. auf den Maschinenbau und 16 v.H. auf die Elektroindustrie. Bei den Inlandaufträgen führt die Kraftfahrzeugindustrie vor der Elektroindustrie. Hinsichtlich der Erzeugerländer steht Württemberg-Baden bei den Exportabschlüssen mit 55 v.H. bei weitem an der Spitze.

Die Welt vom 31. Mai 1949

Interzonenhandel. Ein Sprecher der Zweizonenverwaltung für Wirtschaft gab die Gründe bekannt, die zum Scheitern der Interzonenhandelskonferenz führten. Die größte Schwierigkeit bildete die Einigung über die Währungsfrage. Die Vertreter der DWK hatten den westdeutschen Vorschlag, der auf eine Verrechnung in D-Mark über ein Konto bei der Bank deutscher Länder und auf eine Unterteilung der Lieferungen in "Vorbehalts-güter" mit Genehmigungspflicht und "Wurige Waren" hinauslief, nicht angenommen. Die Verwaltung für Wirtschaft hatte die Gegenvorschläge der DWK auf Errichtung von zwei parallelen Konten mit Parität von Ost- und Westmark ebenfalls abgelehnt.

Süddt. Ztg. vom 31. Mai 1949

Deutsche Auslandsvertretungen. Mit der Ernennung von Dr. von MANGOLD zum ständigen Leiter des deutschen ERP-Büros in Paris ist faktisch die erste deutsche Nachkriegs-Auslandsvertretung geschaffen worden. Wie Dr. Pünder dazu erklärte, habe man Dr. von Mangold, der schon lange im Pariser ERP-Büro arbeitete, mit der Leitung der deutschen Angelegenheit am Sitz der europäischen Marshallplan-Organisation betraut, nachdem die Lösung der deutschen Probleme dort aus alliierten in deutsche Hände übergegangen sei. Künftig wird man bei Bedarf Sachverständigen nach Paris delegieren.

SAZ vom 1. Juni 1949

Wahlen in Wolfsburg. Bei der Wahl zur Stadtvertretung in Wolfsburg hat die Deutsche Partei die meisten Stimmen erhalten, und zwar von 26 290 gültig abgegebenen Stimmen 12 619. Es folgt die SPD mit 7 800. Die Wahlbeteiligung betrug 70 %. Das Wahlergebnis macht deutlich, daß die Deutsche Partei die Wähler der Rechtspartei angezogen hat.

Allgem. Ztg. vom 31. Mai 1949

Grundgesetz. Dt. katholische Bischöfe üben scharfe Kritik an Grundgesetz. Sie erkennen hierin an, daß zwar einer Reihe von Einzelforderungen in vielfacher Hinsicht entsprochen wurde, es bleibe aber mit einem schweren Makel behaftet, weil das Elternrecht in seiner Anwendung auf die Schulerziehung nicht ausdrücklich anerkannt wurde. Daher kann es nur als eine vorläufige Ordnung betrachtet werden, das einer schnellen Ergänzung bedarf. "Wir werden den Kampf um Gewissensfreiheit und volles Elternrecht fortsetzen."

Die Welt vom 28. Mai 1949

SECRET

No. 24

Presseberichte aus den Westzonen

Ungenügende Versorgung. Der Verband der Körperbeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen für das Land Hessen veranstaltete eine Protestkundgebung. Landesvorsitzender SAUER bezeichnete die Art der Behandlung der in Vot geratenen Beschädigten als besondere Tragik und wandte sich um Hilfeleistung an das Ausland. Er stellte die Frage, wo Humanität und Demokratie blieben, wenn Tausende der Verelendung preisgegeben würden durch ein Körperbeschädigten-Leistungsgesetz, das jeder sozialen Gerechtigkeit Hohn spreche. Für das Gesetz machte er die Lethargie der Alliierten und den mangelnden Mut der deutschen Politiker, sich verantwortungsbewusst einzusetzen, verantwortlich. Bis zur Schaffung eines neuen Gesetzes verlangte der Redner Anpassung der Renten an das veränderte Preis- und Lohngefüge. Der Bundesregierung bliebe es nun überlassen, umgehend ein neues Versorgungsrecht zu schaffen. Arbeitsminister ARNDSEN warnte anschließend vor einem weiteren Aufschub des Leistungsgesetzes, da dann die Flüchtlinge, Vertriebenen und Kriegsbeschädigten zu einer radikalen Politik greifen könnten.

Allgem. Ztg. vom 30. Mai 1949

Deutsche Union. Der Vorstand der Deutschen Union hat in einer Erklärung zu dem Beginn eines "neuen Abschnitts der politischen Entwicklung in Deutschland" Stellung genommen und die Durchführung freier und geheimer Wahlen sowie die Zulassung aller demokratischen Parteien in ganz Deutschland gefordert. Weder der Bonner Bundestag noch der Volksrat der Ostzone erfüllen, so heißt es in der Erklärung, die Hoffnungen des Volkes, das weder von einem Weststaat noch von der östlichen "Volksdemokratie" etwas wissen wollte.

Stadt. Ztg. vom 28. Mai 1949

Proteste gegen Max Reimanns Verhaftung. Der KPD-Parteivorstand erhob scharfsten Protest gegen die Verhaftung R. Die KPD erobert in diesem "Willkürakt" den Versuch, die "ständig wachsende Bewegung für ein einiges und unabhängiges Deutschland" zu schwächen und die KPD im kommenden Wahlkampf zu behindern. Die Einkerkelung R. ist nach Ansicht der KPD unter Bruch seiner parlamentarischen Immunität erfolgt, da der Parlamentarische Rat noch nicht aufgelöst worden sei.

SAZ vom 31. Mai 1949

Senkung des Diskontsatzes um 0,5 v.H. Der Zentralbankrat der Bank Deutscher Länder beschloß, die Diskontsätze mit Wirkung vom 27. Mai um 1/2 v.H. herabzusetzen. Zur weiteren Lockerung auf den Geldmarkt der kurzfristigen Kredite werden die Mindestreserven, die die Geldinstitute bei den Landeszentralbanken zu unterhalten haben, soweit sie sich nach den Sichteinlagen der Kundschaft berechnen, gesenkt, und zwar für Geldinstitute an Bankplätzen von 15 v.H. auf 12 v.H. und für Geldinstitute an Nichtbankplätzen von 10 v.H. auf 9 v.H. Guthaben auf den sogenannten Anlagekonten gelten als Sichteinlagen. Diese Beschlüsse treten am 1. Juni 1949 in Kraft.

Die Welt vom 28. Mai 1949

Auf einer Großkundgebung der CDU in Stuttgart hat sich Dr. ADENAUER u.a. gegen die wieder aufgenommenen Demontagen gewandt. Die von den Reparationslisten abgesetzten Werke stellten kapazitätsmäßig nur etwa 10 % des Gesamtwertes dar. Eine Steigerung des für Westdeutschland notwendigen Exports sei unmöglich, wenn die neuangeordnete unsinnige Demontage ausgeführt würde. Das überzückte Sicherheitsamt für die Westzonen, das den Frieden garantieren solle und in Nordrhein-Westfalen bereits tätig sei, scheine sich zu einer Konkurrenz-Spionage übelster Sorte zu entwickeln. Die neue Bundesregierung werde sich gegen diese Industrie-Spionage, die ausdrücklich der Konkurrenz-Angst entspringe, wehren müssen.

Allgem. Ztg. v. 30. Mai 1949

Der Landesvorsitzende der württembergisch-badischen DVP, Dr. HAUSSMANN, forderte die alsbaldige Selbstauflösung und Neuwahl des Landtages. Dieser leg sei einer Auflösung durch Volksbegehren und Volksabstimmung vorzuziehen. Der gegenwärtige unklare Zustand sei des Landtages unwürdig und würde auch von einzelnen Beamten-Abgeordneten so empfunden und bezeichnet. Dr. Reinhold HAUER hatte zur Frage der weiteren aktiven politischen Mitwirkung der Beamten-Abgeordneten im Landtag die Landtagsauflösung als Utopie bezeichnet, während Landtagspräsident Wilhelm KILL die Möglichkeit einer "Gesamtentscheidung" über die Beamten überhaupt in Frage stellt.

SAZ vom 31. Mai 1949

No. 25

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 1. Juni 1949

REUTER erklärte gestern, er werde trotz der ablehnenden Haltung auch weiterhin bereit sein, zwischen den Streikenden und der Eisenbahnverwaltung zu vermitteln. Er äußerte sich optimistisch über eine baldige Beendigung des Eisenbahnstreiks.

Wie die UGO mitteilte, werden die streikenden Eisenbahner morgen eine Urabstimmung über das Angebot der Reichsbahndirektion vornehmen, sechzig Prozent der Bezüge in Westmark auszuzahlen. Die ursprüngliche Absicht der UGO, den Interzonenverkehr auch ohne die Zustimmung der Reichsbahn wieder in Gang zu bringen, wurde vorläufig zurückgestellt. Die westlichen Militärregierungen haben einen besonderen Ausschuss für die Währungskontrolle in den Westsektoren eingesetzt. Der Kontrollausschuss hat seine Arbeit bereits aufgenommen. Wohnungsinhaber haben von jetzt an ihre Mieten an Hausbesitzer, die im Ostsektor oder in der Ostzone wohnen, auf ein in den Westsektoren eröffnetes Bankkonto zu überweisen.

Der württembergisch-badische Kultusminister Dr. Beyerle erklärte auf der Schlußsitzung des Kongresses für bessere menschliche Beziehungen in München, die Besatzungsmächte hätten eine Reihe von Fehlern begangen, welche die demokratische Erziehung des deutschen Volkes verzögerten. In Namen des deutschen Volkes seien im In- und Ausland große Verbrechen begangen worden. Es sei die Schuld der Deutschen, daß sie diesen Verbrechen nicht entschieden genug entgegen getreten seien. Die als Sühne dem deutschen Volk auferlegte Methode der Entnazifizierung sei aber nicht nur faßlos, sondern sogar ein nationales Unglück. Die Entnazifizierung sei ein mißglückter Versuch, dem deutschen Volk klarzumachen, was Gerechtigkeit sei.

In Württemberg-Baden ist als dem ersten Land in der amerikanischen Zone das Lizenzierungssystem der Mil.Reg. für Druckerzeugnisse aufgehoben worden. Es ist nun jeder Person erlaubt, Zeitungen, Bücher und Broschüren zu veröffentlichen. Den Verlegern ist jedoch auch weiterhin die Propagierung nationalsozialistischer Ideen und die Veröffentlichung von Druckmitteln untersagt, die Feindseligkeiten und Mißtrauen hervorrufen oder die militärische Sicherheit der Besatzungsmacht gefährden können.

Franz BLUSCHER hat an Dr. Pünder ein Telegramm gesandt, in dem er ihn bittet, sich dafür einzusetzen, daß die Gelsenberg-Benzin AG und die Fa. Scholven, die beide Fabriken zur Herstellung von synthetischem Benzin sind, nicht abgebaut werden. Er empfahl Dr. Pünder, sein Telegramm an die zuständige britische Stelle weiterzuleiten. In Südwürttemberg-Pfaffenweiler ist das Motopfer Berlin aufgehoben worden.

Die Außenminister setzten heute ihre Beratungen fort. Mittags trafen sich die drei westl. Außenminister zu einer Privatunterredung. Es wurde beschlossen vorzuschlagen, die nächsten Beratungen geheim zu führen. Besonders Bevin setzte sich dafür ein, weitere Tagungen ohne Teilnahme der Öffentlichkeit stattfinden zu lassen. Auch gestern hatte Wysskowski erklärt, er könne sich nicht dem westlichen Standpunkt über die politische Einheit Deutschlands anschließen. Man beschloß daher, zum zweiten Punkt der Tagesordnung, dem Berliner Problem und der Währungsfrage, überzugehen. Pol. Kreise sind überzeugt, daß eine wirtschaftliche Einigung des Maximum wäre, das erreicht werden könne.

Sender Stuttgart vom 2. Juni 1949

Die Kohlenförderung im Ruhrgebiet hat einen neuen Höchststand erreicht, und zwar wurden im Mai durchschnittlich 335 000 t täglich gefördert. Damit hat sich der Tagesdurchschnitt um 6 1/2 tausend Tonnen erhöht. Walter FISCH erklärte dieser Tage: "Wir werden jeden zur Kasse schaukeln, der sich am Aufbau eines westdeutschen Kolonialstaates mitschuldig macht! Reimann sei nur verhaftet worden, damit die Wahrheit mundtot gemacht wurde."

SECRET

No. 24

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 31. Mai 1949

Wyschinski hat heute die Vorschläge der Westmächte für die politische und wirtschaftliche Zukunft Deutschlands erneut abgelehnt. Er sagte, das Besatzungsstatut sei zeitlich nicht befristet. In dem Statut sei vorgesehen, daß in Deutschland eine lange Besatzung verbleibe. Weiter erklärte er, die Einheit Deutschlands könne nicht nach dem Muster des Grundgesetzes hergestellt werden. Er verlangte ferner, daß eine Delegation des sogenannten Volkes ihre Ansichten über Deutschland vorbringen könne. Diese Forderung wurde von den drei Westmächten energisch zurückgewiesen. Johnson erklärte, er glaube auf keinen Fall, daß die 2000 Delegierten des deutschen Volkskongresses in irgend einer Weise das deutsche Volk oder auch nur die Bevölkerung der Ostzone repräsentierten. Der Volkskongreß sei eine russische "Parlamentarische-Organisation", die nicht wäre, irgend etwas zu sagen, was nicht von der SU vorher genehmigt sei.

Die sowjetisch kontrollierte Reichsbahndirektion Berlin hat angeordnet, daß vom 1. Juni an Fahrkarten für die westberliner S-Bahnstrecken nur gegen Westmark verkauft werden. Kreikenweyer hat die Verhandlungen mit Oberbürgermeister Seuter über den Streik abgebrochen. Das Vermittlungsangebot Kautschi sei schon deshalb gegenstandslos, weil die Eisenbahndirektion mehrfach vergeblich den Berliner Magistrat ersucht habe, den in den Westsektoren Berlins wohnenden Eisenbahnern 60 % der Lohnzahlungen in Westmark anzutauschen.

Der württemberg-badische Landtag beschäftigte sich mit der Frage der Zugehörigkeit von Beamten zum Parlament. Präsident KEIL teilte mit, daß für das Land Württemberg-Baden ein neuer Gesetzentwurf ausgearbeitet werden müsse. Dr. LIXERLE gab eine Regierungserklärung ab, in der es heißt, den Gesetzen zufolge würden sich die Beamten-Abgeordneten lediglich aus Gründen der Disziplin zu entscheiden haben, ob sie ihr Amt oder ihr Abgeordnetenmandat beibehalten wollten. Für diese Entscheidung müsse ihnen eine angemessene Zeit gelassen werden. Daher könne ein automatisches Verlassen der Mitgliedschaft eines Beamten nicht bejaht werden. Linu sagte, daß der umstrittene Artikel des Landesbeamtengesetzes mit der Landesverfassung nicht vereinbar sei und im Widerspruch zu anderen Verfassungsartikeln stehe. Der Entwurf des Innenministeriums für das neue Landeswahlgesetz berge eine Beschränkung der Wahlbarkeit der Beamten vor. Die Regierung wolle aber mit der Regelung der Angelegenheit warten, bis der genaue Inhalt des Bundeswahlgesetzes feststehe. Der Sprecher der CDU, WIEDEMEIER, sagte, daß ein Gesetz die Frage regeln müsse. Die SPD lehnte durch Leisbrand die Reg. Erklärung ab. Dr. REISLER, DVP, betonte, daß mit der Regierungserklärung die Frage noch nicht gelöst werde. Die all. Gov. der amerikanischen und der britischen Zone besprachen heute mit den Min. Präs. der Doppelzone die alliierten Abänderungswünsche zum Wahlgesetz. Die Min. Präs. KOPF anschließend mitteilte, wurde in der Unterredung klargestellt, daß die Min. Präs. lediglich für die Festsetzung des Wahltermins, die Einberufung des Bundestages und die Bestellung eines Wahlkommissars zuständig sind. Eine Abänderung des Wahlgesetzes, wie sie vor allem für das Wahlsystem, die Zahl der Abgeordneten und die Verteilung der Kandidaten auf die einzelnen Länder gefordert wird, ist eine Angelegenheit des Parl. Kates. STOCK erklärte, die Min. Präs. würden sich voraussichtlich nicht mit der von den Alliierten gewünschten Forderung der Bestimmung über Wahlscheine einverstanden erklären. Die Gouverneure hätten gefordert, die Ausgabe der Wahlscheine nur auf Angehörige der Schifffahrt zu beschränken. Die Verwirklichung dieser Bestimmung würde den Prozentsatz der Wahlbeteiligung erheblich herabsetzen, da dann nicht nur zahlreiche Geschäftsleute von der Wahl ausgeschlossen wären, sondern auch viele Erlauberte, die gerade im Hochsommer besonders zahlreich seien. Im übrigen sei es wegen der Brisanz der Sache gut, daß die Min. Präs. nicht über Abänderungen am Wahlgesetz zu beschließen hätten. Die Tatsache, daß 11 Landtage sich dann erst einmündend mit der Materie befassen müßten, würde die Wahl zum 1. Bundestag um Monate verzögern.

No. 23

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 27. Mai 1944

Die Außenmin. werden voraussichtlich Wyschinski heute auffordern, seine Pläne für ein einheitliches Deutschland genau zu definieren. W. bestand auch gestern auf Wiedererrichtung des Kontrollrates. Im Verlauf der Sitzung entwarf er ein Bild über die Entwicklung in der Ostzone. Er sagte u.a., daß der Lebensstandard in der Ostzone besser sei als der in der Westzone. Seine Darlegungen wurden jedoch von den Westmächten mit Skepsis aufgenommen. - Bisher haben die Westmächte die sowjetischen Forderungen noch nicht eindeutig abgelehnt, sie ließen jedoch durchblicken, daß auch sie einige Bedingungen stellen werden.

Der Güterverkehr zwischen den Westzonen und Berlin ist eingestellt worden. 35 Züge liegen auf der Strecke fest. Seit Dienstag sind nur 7 Züge in Berlin eingetroffen.

Anläßlich der Mitgliederversammlung der Deutsch-Belgisch-Luxemburgischen Handelskammer gab Dr. P. W. DIER einen Rechenschaftsbericht über die westdeutsche Wirtschaftspolitik. Unter Bezugnahme auf die steigende Kohlenförderung erklärte er, bei Erreichen von 360 000 t tägl. werde die Bewirtschaftung von Kohle wesentlich gelockert oder aufgehoben werden. - Durch eine sinnvolle Zusammenfassung aller möglichen Finanzierungsquellen hoffte man, im Laufe des Statsjahrs 19/50 für Investitionszwecke 7,5 Mrd. RM flüssig machen zu können. - Auch die demnächst von der Kreditanstalt für Wiederaufbau herauskommende steuerbegünstigte Anleihe werde Kapital für die wichtigsten Investitionsvorhaben, wie Wohnungsbau, Bergbau, Energiewirtschaft sammeln, wobei die verschiedenen Bedarfstypen nach der Dringlichkeit der Kapitalinvestitionsvorhaben berücksichtigt würden. - Zur Frage des kontinuierlichen Absatzes der deutschen Produktion nach Befriedigung des Sachholbedarfes erklärte Dr. Dier, nur eine außerordentliche Steigerung der deutschen Exporte könne auf die Dauer eine Absatzkrise verhindern. Der Anteil der Rohstoffe am westdeutschen Export sei noch immer zu hoch. Leider gingen noch 22,5 % der gesamten westdeutschen Kohle ins Ausland, wo die Kohle unter Weltmarktpreis verkauft werden müsse. Diese Tatsache stehe einer Ausweitung der Produktion, dem Ausbau der Industrieanlagen und einem Wohnungsbau in größerem Maße im Wege.

August HAUSSELEITER fordert freie und geheime Wahlen in allen deutschen Ländern unter Kontrolle der UN. Er setzt sich für die Wiederherstellung der Grenzen von 1937 ein. Die Grundsätze der Atlantik-Charta müssen für die ganze Menschheit gelten; sie für einzelne Völker außer Kraft zu setzen, gefährdet die Demokratie. Das Schicksal der deutschen Ost-Weiß-Renze muß von seinen ehemaligen Bewohnern entschieden werden. Ein gerechter Friede ist Voraussetzung für die demokratische Weiterentwicklung in Europa.

Sender Stuttgart vom 28. Mai 1944

Die Besprechungen zwischen Vertretern des Frkf. Wirtschaftsrates und der DNK zwecks Wiederaufnahme des Interzonenhandels sind auf unbestimmte Zeit vertagt worden, da die Frankfurter an Unterlagen fehlte. Die ostzonalen Vertreter haben sich bereit erklärt, die Besprechungen jederzeit wieder aufzunehmen.

Die Landesversammlung der CSU in Saxenring hat heute an Stelle von Justizmin. Dr. Müller mit 295 gegen 151 Stimmen den vormaligen Reichsminister BARD zum Landesvorsitzenden gewählt. BARD sagte, er bringe ein großes persönliches Opfer, wenn er das Amt des Min. Präs. mit dem des Landesvorsitzenden verbindet. Der Staat könne nur in einer Stärkung der Partei und ihrer Haltung als politisches Instrument liegen. Die Aufgabe sei unlösbar, wenn nicht endlich mit dem persönlichen Geisteswandel in der Partei aufgehört werde. Keine Richtschnur in der Politik sei und bleibe: Nicht Bayern und Deutschland, sondern Bayern in Deutschland und Deutschland nicht ohne Bayern. Das neue Sozialhilfegesetz soll so schnell wie möglich in Kraft treten. Man hoffe, dafür keinen großen Verwaltungsapparat zu benötigen. Die Sozialhilfe ist in erster Linie für Flüchtlinge, Notleidende und Wahlungeschädigte vorgesehen.

SECRET

Approved For Release 2002/01/04 : CIA-RDP83-00415R003100100005-0

25X1A

Approved For Release 2002/01/04 : CIA-RDP83-00415R003100100005-0